



Arbeitsgruppe
„Zukunft der Volksparteien“

VOLKS- UND GROSSPARTEIEN IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

STAND UND PERSPEKTIVEN



Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Arbeitsgruppe „Zukunft der Volksparteien“

Verantwortlich

Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung

www.kas.de



Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2012, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfotos: © SVLuma – Fotolia.com

© Bertold Werkmann – Fotolia.com

Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-942775-83-0

INHALT

5 | VORWORT

7 | **TEIL I**

WAS HEISST VOLKSPARTEI HEUTE – UND MORGEN? KONZEPTION DER ARBEITSGRUPPE „ZUKUNFT DER VOLKS- PARTEIEN“

1. Einleitung	7
2. Volksparteien: Begriff, Konzept, Entstehungsbedingungen	10
3. SPD und CDU in Zahlen.....	13
4. Zur Zukunft und Zukunftsfähigkeit der Volksparteien in Deutschland.....	15
4.1. Volkspartei CDU	18
5. Fazit.....	20
Literaturverzeichnis.....	21

25 | **TEIL II**

VOLKS- UND GROSSPARTEIEN IN EUROPA IM ÜBERBLICK

1. Begriff und Konzept „Volkspartei“	26
2. Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre	26
2.1. Wahlergebnisse	26
2.2. Stammwählermilieus.....	27
2.3. Mitgliedschaft.....	28
3. Ursachen	29
4. Ist von Krise, Niedergang oder Ende der Volks- oder Großparteien die Rede?.....	30
5. Reaktionen der Parteien auf Krisensymptome, Vertrauens- oder Bedeutungsverlust	31
6. Schwerpunktthemen.....	32
7. Wähleransprache und -suche	34
8. Koalitionsoptionen und -präferenzen	35
9. Entwicklungspotentiale	36

38 | AUTOREN UND MITWIRKENDE

VORWORT

In den Medien und auch in zahlreichen politikwissenschaftlichen Publikationen ist seit mehreren Jahren von der Krise oder gar dem Ende der Volksparteien die Rede. Dass die SPD und die Unionsparteien mit Organisations-, Integrations- und Mobilisierungsproblemen konfrontiert sind, ist gewiss nicht zu leugnen. Uns sind Volksparteien für das Funktionieren einer gleichermaßen stabilen wie leistungsfähigen Demokratie jedoch viel zu wichtig und zu wertvoll, um sie den Niedergangspropheten und -prophezeiungen zu überlassen. Volksparteien haben seit Jahrzehnten die Politik der Bundesrepublik maßgeblich geprägt. Nur sie waren und sind aufgrund ihrer programmatischen Vielfalt, ihrer integrativen Leistungen und der Fähigkeit, Interessen auszugleichen, in der Lage, die gesamte Breite politischer Themen abzudecken und mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten.

Im Frühjahr 2011 haben wir deshalb in der Konrad-Adenauer-Stiftung die Arbeitsgruppe „Zukunft der Volksparteien“ ins Leben gerufen. Ihr Schwerpunkt liegt hauptsächlich darin, künftige Herausforderungen und Entwicklungspotentiale für die Volksparteien zu erörtern. Wo aber liegen die Potentiale der Volksparteien? Wie kann man sie erschließen? Sind die Kriterien, die in Politikwissenschaft und Publizistik zur Kennzeichnung von Volksparteien aufgestellt wurden, für alle Zeit gültig? Müssen eventuell auch sie an den gravierenden gesellschaftlichen Wandel angepasst werden, dem die Parteien ja auch unterliegen? Diese und weitere Fragen haben wir in der Arbeitsgruppe erörtert, mit Spezialisten der Stiftung, aber auch mit Vertretern aus der Praxis, der Wissenschaft und der Medien. Zentrale Arbeitsergebnisse sind in diesem Reader zusammengestellt.

Die Konzeptstudie „Was heißt Volkspartei heute – und morgen?“ im ersten Teil gibt nach einer kritischen Bestandsaufnahme zur gegenwärtigen Lage der Volksparteien in Deutschland einen Ausblick auf ihre mögliche künftige Entwicklung. Wir haben die Studie im Hause offen und kritisch diskutiert und möchten sie nun einer größeren Öffentlichkeit zugänglich machen. Unserer Ansicht nach haben Volksparteien durchaus eine Zukunft. Sie werden sich zwar vermutlich nicht mehr auf frühere quantitative Größenordnungen hinsichtlich Mitgliedschaft und Stammwählerschaft stützen können. Aber wenn es ihnen gelingt, aktuelle Krisen zum Wohle der Bevölkerungsmehrheit zu lösen, wenn sie politische Teilnahmemöglichkeiten bereitstellen, die den veränderten Teilnahmeerwartungen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen, wenn sie die weiter zunehmende gesellschaftliche Segmentierung im Rahmen ihrer programmatisch und sozial sehr breit aufgestellten Parteiorganisation überwinden, d. h. diese Vielfalt integrieren können, und wenn sie sich verstärkt der Bearbeitung lokaler Politikprobleme widmen, dann haben sie sehr wohl eine Zukunft. Das wird vermutlich innerparteiliche Diskussionen auslösen, die aber unvermeidlich sind, wenn sie ihre Rolle als „Marktführer“ im politischen Wettbewerb erfolgreich verteidigen wollen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verfügt nicht nur über hervorragende hauseigene Expertise und ein dichtes Netzwerk an Bildungswerken in Deutschland, sondern auch über ein ebenso dichtes wie hochkompetent besetztes Netz an Auslandsbüros. Darum haben wir einige gebeten, uns die Erfahrungen aus zumindest grundsätzlich mit Deutschland und seinen Volksparteien vergleichbaren Ländern und Parteien mitzuteilen. Stehen die Groß- oder Volksparteien links und rechts der Mitte vor ähnlichen Fragestellungen wie die in Deutschland? Wie reagieren die Parteien in unseren Nachbarländern auf gesellschaftlichen Wandel? Wie sprechen sie heute, unter teilweise völlig anderen Rahmenbedingungen als noch vor zwanzig bis dreißig Jahren, ihre Wählerschaft an? Lassen sich hierbei eventuell gute Lösungsansätze auch für Deutschland bzw. die deutschen Volksparteien ableiten? Im zweiten Teil dieses Readers stellen wir die Befunde dieser Untersuchung dar.

Im Namen aller Mitglieder der KAS-Arbeitsgruppe „Zukunft der Volksparteien“ wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre. Ich würde mich sehr freuen, wenn der eine oder andere Punkt dieses Readers Sie in Ihrer politischen Alltagsarbeit unterstützt und somit auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Volksparteien leisten könnte. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie noch auf ein weiteres „Produkt“ der Arbeitsgruppe aufmerksam machen: das seit August 2011 bestehende Blog *#ZukunftVolkspartei* (www.zukunftvolkspartei.de). Hierbei handelt es sich um eine Diskussionsplattform, auf der wir gemeinsam mit einer Reihe von Autoren aus Praxis, Wissenschaft und Medien eine Debatte zur Zukunft und Zukunftsfähigkeit der Volksparteien führen. Ich lade Sie sehr herzlich ein, sich an dieser lebhaften Diskussion zu beteiligen. Sie lohnt sich – vor allem für den Fortgang der Erfolgsgeschichte unserer Volksparteien.

Berlin, im Februar 2012

Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Teil I

WAS HEISST VOLKSPARTEI HEUTE – UND MORGEN?

KONZEPTION DER ARBEITSGRUPPE „ZUKUNFT DER VOLKSPARTEIEN“

Karsten Grabow | unter Mitwirkung von Michael Borchard und Christoph von Hehl

1. EINLEITUNG

Der Zuspruch für die deutschen Volksparteien ist bei den letzten Bundestagswahlen 2009 weiter gefallen¹. Die SPD ist mit einem Zweitstimmenergebnis von 23% regelrecht abgestürzt. Aber auch die Unionsparteien traf es hart. Sie erreichten mit 33,8% das schlechteste Wahlergebnis seit 1949. Die CDU allein blieb mit 27,3% der abgegebenen Zweitstimmen zum wiederholten Male unter der 30%-Marke, die in der Literatur häufig als „Volksparteiengrenze“ gesehen wird (Schönbohm 1985: 17, Lösche 2009: 7, Oberreuter 2009: 45)². Auch auf Landesebene erreichte die CDU zum Teil unbefriedigende Wahlergebnisse, wie in Hamburg (Februar 2011: 21,9%; minus 20,7%-Punkte gegenüber 2008), Bremen (Mai 2011: 20,1%; minus 5,5%-Punkte gegenüber 2007) oder in Mecklenburg-Vorpommern (September 2011: 23,1%; minus 5,7% gegenüber 2006).

1] *Auf Landesebene sieht es allerdings noch anders aus. So erreichte die SPD bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg im Februar 2011 heute eher ungewöhnliche 48,8% der Stimmen und damit eine absolute Mehrheit der Sitze, die sie zur Alleinregierung befähigt. In Bremen kam die SPD auf mehr als 38%, in Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern auf über 35%. Auch die CDU kann, wie in Baden-Württemberg, immer noch Wahlergebnisse von knapp 40% erreichen oder, wie in Rheinland-Pfalz auch zulegen, auch wenn sie im Südwesten mit diesem beachtlichen Ergebnis als Regierungspartei abgelöst worden ist und in Rheinland-Pfalz nur sehr knapp hinter der SPD blieb (35,2% gegenüber 35,7%).*

2] *Streng genommen meinen die Autoren aber nicht den Anteil der abgegebenen Stimmen, sondern den der Wähler, also aller Wahlberechtigten. Dieses viel strengere Kriterium erfüllte die CDU zuletzt 1983; die SPD 1998. Bei den letzten Bundestagswahlen 2009 versammelte die CDU nur noch 19% aller Wahlberechtigten hinter sich, die SPD gar nur 15,9%.*

SPD und CDU³ haben jedoch nicht nur an Wählerzuspruch eingebüßt, sie verlieren zudem seit Jahren kontinuierlich Mitglieder (s. Tabelle 1 und Abschnitt 3). Seit 1990 hat sich der Mitgliederstand der SPD nahezu halbiert – auf gegenwärtig knapp 500.000. Die CDU verlor im selben Zeitraum etwa ein Drittel ihrer Mitglieder und hat heute ebenfalls knapp 500.000 organisierte Anhänger (Niedermayer 2010: 425, Rheinische Post 15.04.2011).

Mit Blick auf die Altersstrukturen der Mitglieder von SPD und CDU muss eine klare „Überalterung“ konstatiert werden. Während derzeit etwa ein Viertel der deutschen Bevölkerung über 60 Jahre alt ist, sind es bei den Mitgliedern von SPD und CDU jeweils um die 50% (Neu 2009: 162). Regelrecht abgekoppelt sind beide Parteien von jüngeren Menschen. Der Anteil der unter 30-jährigen Mitglieder liegt bei CDU und SPD bei rund 5% (ebd. und Niedermayer 2010: 431). Die Volksparteien sind heute eher „Senioren-Parteien“, die überwiegend in der mobilisierenden Hochphase der Volksparteien zwischen Anfang der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre beigetreten sind und ihren Parteien die Treue gehalten haben, während sie jüngere Menschen kaum noch erreichen.

3] *Unter den Fragestellungen dieses Papiers wird aus der Unionsfamilie die CDU allein betrachtet, weil sie im Unterschied zur bayerischen Schwesterpartei bundesweit agiert, den Freistaat ausgenommen. In Bayern allerdings zeigte und zeigt die CSU (noch) deutliche Merkmale einer „echten“, aber eben auch einer auf Bayern beschränkten Volkspartei (s. dazu z. B. Mintzel 1975, 1984; Hopp, Sebaldt und Zeitler (Hrsg.) 2010, darin v. a. dies. 11-26; Sebaldt 559ff.).*

Tabelle 1: Bipolaritätsindex und Organisationsgrad von SPD und CDU im Zeitverlauf

	Summe der Wahlergebnisse von SPD und CDU/CSU	Organisationsgrad (Mitglieder pro 100 Wahlberechtigte)		
		CDU	SPD	Summe
Nach den Bundestagswahlen				
1949	60,2	0,74*	2,17	2,91
1953	74	0,77*	1,66	2,43
1957 ...	82	0,79*	1,7	2,5
1965 ...	86,9	0,9	1,85	2,75
1976 ...	91,2	1,7	2,37	4,07
1983 ...	87	1,99	2,24	4,23
1990 ...	77,3	1,52	1,56	3,08
1998	76	1,2	1,27	2,47
2002	77	1,13	1,13	2,3
2005	69,4	1,08	0,96	2,04
2009	56,8	0,99	0,82	1,81

Quelle: eigene Darstellung nach Schönbohm (1985: 83), Grabow (2000: 33; 46), Der Bundeswahlleiter (2009), Niedermayer (2010: 425) und Bayerisches Landesamt für Statistik (o.J.). * Rundungen bzw. Schätzwerte.

Ein Blick auf die addierten Wahlergebnisse der beiden großen Partei„blöcke“ aus SPD zum einen und den Unionsparteien zum anderen, oder der kombinierte Organisationsgrad von SPD und CDU, veranschaulicht, dass SPD und die Unionsparteien bzw. SPD und die CDU allein in ihren Hochzeiten Mitte der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre über 90% der Wähler hinter sich vereinen konnten und zusammen mehr als 4% der Wählerinnen und Wähler auch als Mitglieder integrierten – mit Spitzenwerten für die SPD von über einer Million (1976) und etwa 730.000 für die CDU (1982). Tabelle 1 unterstreicht aber auch, dass beide Parteien bereits seit Mitte der 1980er Jahre konstant Wähler und Mitglieder verloren haben. Heute leiden CDU und ganz besonders die SPD an erheblichen Mobilisierungs- und Integrationschwächen – insbesondere bei jüngeren Menschen –, die mittlerweile so weitreichend sind, dass durchaus ernsthaft gefragt werden kann, ob beide noch ihrem Anspruch gerecht werden, Volkspartei zu sein.

Was aber heißt eigentlich „Volkspartei“? Sind die Kriterien, die in Politikwissenschaft und Publizistik aufgestellt worden sind und die von SPD und den Unionsparteien zur Selbstkennzeichnung auch gern übernommen wurden, unverrückbar? Ist eine Partei nur dann Volkspartei, wenn sie die Kriterien erfüllt, die von den Parteienforschern unter ganz bestimmten Bedingungen etabliert wurden? Ist die Zeit der Volksparteien gar vorbei, wie beispielsweise die Parteienforscher Peter Lösche (2009) oder Franz Walter (2009) meinen?

Diesen Fragen wird in diesem Papier nachgegangen. Dabei liegt der Schwerpunkt nicht darin, den zahlreichen Niedergangsszenarien, Abgesängen und Nachrufen (z. B. Wiesendahl 1992, Lösche ebd., Walter ebd., Seils 2011) einen weiteren hinzuzufügen⁴. In dieser Konzeption geht es vielmehr um die Frage, ob und wenn ja es welche Themen, Organisationsformen und -verfahren gibt, die die Parteien aufnehmen bzw. anwenden sollten, um zu früherer Stärke, Mobilisierungs- und Integrationskraft und politischer Meinungsführerschaft zurückzufinden. Das heißt, es geht um die **Potentiale** der Parteien in der Bundesrepublik, die heute angeblich kurz davor sind, den Status von Volksparteien zu verlieren, und um die Frage, ob und wie sie den gegenwärtigen Trend eventuell umkehren können. Denn trotz aller zurzeit sichtbaren Mobilisierungs- und Integrationschwächen, trotz der Kritik an ihren vermeintlichen und offensichtlichen Integrations- und Steuerungsproblemen bleibt eines unbestritten: Als Volksparteien haben SPD und die beiden Unionsparteien ganz entscheidend zur Stabilisierung des bundesdeutschen Parteiensystems und damit auch der Konsolidierung der Nachkriegsdemokratie beigetragen. Nur sie und ihre spezifische Organisationsform

4| *Ein Versuch, die Lage der Volksparteien nicht als Untergang, sondern als Wandel zu begreifen und auch nach Potentialen der Mitgliederparteien zu suchen, findet sich v. a. bei Fabian Schalt u. a. (2009). Allerdings bleibt auch die Mehrzahl der Autoren dieses Bandes hinsichtlich der künftigen Mitgliederentwicklung der Volksparteien sowie der Versuche, durch Organisationsreformen und veränderte Teilnahmeanreize die Mitgliedschaft wieder attraktiver zu machen, recht skeptisch (Wiesendahl 2009b, Detterbeck 2009, Decker und Oeltzen 2009).*

waren in der Lage, unterschiedliche ökonomische, soziale, konfessionelle und kulturelle Interessen zu integrieren, zu repräsentieren, auszugleichen und in Politik umzusetzen, die breite gesellschaftliche Zustimmung fand.

Für Hans-Joachim Veen waren die Volksparteien, u. a. auch aufgrund dieser Verdienste, sogar die „fortschrittlichste Organisationsform politischer Willensbildung“ (Veen 1999). Nur die Volksparteien, so Veen, haben im Gegensatz zu den immer „populärer“ werdenden *single issue*-Bürgerbewegungen, die sich meist „gegen etwas“ organisieren, die relevanten, sozial und politisch naturgemäß breit gestreuten Politikfelder bearbeitet und Lösungen vorgelegt, um die dann zwar häufig in langwierigen Prozeduren gerungen wurde, die aber, ganz im Gegensatz zu den Handlungen von sozialen Bewegungen, breite demokratische Legitimation beanspruchen konnten und auch heute immer noch können (s. auch Schmid 1994 sowie Hofmeister und Grabow 2011: Kap. 3). Das mag zwar gegenwärtig angesichts des Drucks, den Bürgerbewegungen im Zeitalter der Mediendemokratie auch auf Parteien und Regierungen ausüben können, manchmal in Vergessenheit geraten, zählt aber neben den Integrations-, sozialen Ausgleichsleistungen und den größtenteils auf breitem gesellschaftlichen Konsens stehenden Politiklösungen der Vergangenheit zu den unbestreitbaren Verdiensten und Vorzügen der Volksparteien.

Auch wenn sich dieses Papier auf die Suche nach den Potentialen der Volksparteien macht, muss man sich wohl der Tatsache stellen, dass sie kaum zu früherer Organisations-, d. h. vor allem alter Mitgliederstärke zurückfinden können. Die einstigen Mitgliederniveaus scheinen heute nicht mehr erreichbar, weil die sozialen und ökonomischen Bedingungen, die den Aufstieg der Volksparteien ermöglicht haben, heute ebenso nicht mehr existieren wie der auf den Nationalstaat begrenzte politische Steuerungsraum und die einstmals relativ fest gefügten sozialen Milieus, die das sozio-kulturelle Rückgrat der Volksparteien bildeten, von wo aus sie sich auf den Weg zur „Eroberung“ der „politischen Mitte“ machten (s. auch Abschnitt 2). Von einem derartigen Volksparteiverständnis (viele Mitglieder, sozial oder kulturell sicheres Stammwählerreservoir, flächendeckendes Netz an lokalen Gliederungen) müssen wir uns wohl verabschieden (dazu Grabow 2000: Kap. 9, Jun 2011).

Die **Potentiale für zukunftsfähige Volksparteien** liegen heute darin, dass sie Zustimmung und Akzeptanz durch spürbare Leistung für den Großteil der Bevölkerung wiedergewinnen und gleichzeitig Anreize

bereitstellen, die zur aktiven Teilnahme an der Gestaltung der Gesellschaft mehr einlädt als das in der Gegenwart der Fall ist. In Anlehnung an einen der Nestoren der Volksparteidiskussionen, Otto Kirchheimer (1965), ist eine zukunftsfähige Volkspartei nicht zuerst eine wahlorientierte *catch all*-Partei, sondern eine *benefit all* oder zumindest **benefit many-Partei**, die sich zwar vermutlich nicht mehr auf frühere, heute nicht mehr herstellbare Organisationsressourcen stützen kann, aber einem Großteil der Bevölkerung „dient“, ihr zuhört, die Belange und Interessen der Bürgerinnen und Bürger aufnimmt – ohne dabei jeder neuen Mode oder Befindlichkeitswelle hinterherzulaufen – gemeinsam, d. h. in offenen Diskussions- oder eben Bürgerforen Lösungen für die Probleme der Gegenwart und Zukunft erarbeitet und diese dann umsetzt.

Die Zukunftsfähigkeit der Volksparteien entscheidet sich danach auf **drei Ebenen**: Erstens in der (Tages-) Politik. Hier gilt es Politikangebote zu erarbeiten, die wieder Zustimmung und Vertrauen großer Bevölkerungsgruppen finden (Legitimation durch Leistung). Zweitens und auf dieser Grundlage: der Mobilisierung und Integration von Menschen unterschiedlichster sozialer und kultureller Herkunft auf der Basis gemeinsamer Werte und politischer Zielvorstellungen und drittens: Durch veränderte Organisationsformen und -verfahren, die den veränderten, aber zweifellos vorhandenen politischen Teilnahme- und Politikgestaltungsvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen.

Die CDU, die stets tief im bürgerlichen Milieu verankert war – und dies auch immer noch ist – kann diese Herausforderungen durchaus erfolgreich bewältigen. Dazu sind jedoch einige programmatische und inhaltliche Neuorientierungen ebenso notwendig wie die Verabschiedung von vermutlich nicht wieder herstellbaren Organisationsniveaus und -verfahren oder, allgemeiner gesagt, von überholten Vorstellungen der Volkspartei. Darauf wird in Abschnitt vier näher eingegangen. Der folgende Teil widmet sich zunächst Begriff und Konzeption der Volkspartei, so, wie wir sie bis Ende der 1980er Jahre, teilweise auch noch darüber hinaus, kannten. Das ist keine akademische Übung, sondern dient neben der Begriffsrekapitulation dazu, noch einmal einen Blick auf die Entstehungsbedingungen der Volksparteien in der Bundesrepublik zu werfen und die Gründe für ihr Erstarken sowie ihre spätere Schwächung herauszuarbeiten. Abschnitt drei liefert dazu entsprechende Daten.

2. VOLKSPARTEIEN: BEGRIFF, KONZEPT, ENTSTEHUNGSBEDINGUNGEN

Begriff und Konzept der Volkspartei waren und sind in Politikwissenschaft und Publizistik nicht unumstritten. In der jungen Bundesrepublik galt der Begriff „Volk“ durch das NS-Regime als derart pervertiert, dass eine erneute Verwendung zunächst fragwürdig erschien (Mintzel 1984: 28). Zudem ist in einer Demokratie eine Partei immer Teil (lat. *pars*) eines größeren Ganzen, d. h. der gesamten Gesellschaft. Der Begriff Volkspartei weckte nicht nur Assoziationen an totalitäre politische Regime („Volksgemeinschaft“, „Volksgenosse“, „Einparteienstaat“, „Einheitspartei“), als allumfassende Einheitspartei wäre sie mit den Grundsätzen der Demokratie auch nicht vereinbar.

Seinem Ursprung nach war der Begriff Volkspartei, wie Mintzel darlegt (ebd. 22f.), ein ideologischer Kampfbegriff konservativer, bürgerlicher und christlich-demokratischer Parteien gegen die kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Arbeiterparteien. Während sich diese an eine bestimmte soziale Schicht oder Klasse, eben „die Arbeiterklasse“, wandten, unterstrichen die bürgerlichen und christlich-demokratischen Parteien mit der Selbstbezeichnung oder -einschätzung als Volkspartei ihren Anspruch, politische Interessenvertretung des *ganzen* Volkes, zumindest aber einer über soziale Klassengrenzen hinausgehenden Anhängerschaft zu sein. Aber erst die 1946 bzw. bundesweit 1950 gegründete **Christlich Demokratische Union** (statt Volkspartei) kann als **erste wahre deutsche Volkspartei** aufgefasst werden, da es ihr mit Erfolg gelang, nicht nur Christen beider Konfessionen, sondern Wählerinnen und Wähler aus *allen* sozialen Schichten und Milieus zu gewinnen. Für Alf Mintzel (ebd.: 29) war die CDU daher eine „Volks- und Sammlungspartei neuen Typs“, die sich aufgrund seiner sozial breit gestreuten Integrationskraft von den „unechten“ Volksparteien der Weimarer Zeit unterschied. Für Helmut Pütz (1971: 10) kam der volksparteiliche Charakter der CDU dadurch zum Ausdruck, dass es ihr gelang, „[...] Konfessionen übergreifend [...] alle sozialen Gruppen und Interessen bei sich zu versammeln und deren Forderungen [...] unter dem Aspekt des Gemeinwohls zu erfüllen“. Für Peter Haungs (1992) war die CDU schlicht „Prototyp der Volkspartei“. Sehr pointiert und mit hoch aktuellem Bezug ist die Definition von Karl Joachim Kiersey (1972: 17f.):

„Eine [...] Partei ist dann Volkspartei, wenn alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft [...] innerhalb [...] der Partei [...] vertreten sind. Sie muss nach ihrer grundsätzlichen Programmatik, ihrer aktuellen politi-

schen Zielsetzung, er tatsächlich von ihr betriebenen Politik und ihrer Organisation in der Lage und auch willens sein, die Gruppen am innerparteilichen Entscheidungsprozeß teilhaben zu lassen und ihre Interessen nach außen hin zu vertreten“.

Das heißt, **typenbestimmend** waren in den früheren Definitionen und Konzepten der Volkspartei in erster Linie

- eine **konfessionell** und **sozial breit gestreute Anhängerschaft**,
- eine zwar **werteorientierte**, aber auch **pragmatische** und **eher ideologiefreie Programmatik**, die den Bedürfnissen der **Bevölkerungsmehrheit** entsprach,
- eine **breite Palette an Themen**, die programmatisch abgedeckt und in der praktischen Politik auch bearbeitet wurden (von Sozial- über Wirtschafts-, Finanz-, Industriepolitik bis hin zu Fragen der inneren und äußeren Sicherheit und Außenpolitik), nicht eine thematische Verengung auf die Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe oder Schicht, d. h. auch durch die
- Bereitschaft, gesamtgesellschaftliche bzw. **gesamtstaatliche Verantwortung** zu übernehmen

und weniger ausdifferenzierte Organisationsstrukturen (dichtes Netz an lokalen Verbänden, innerparteiliche Vereinigungen und Arbeitskreise), formale Mitgliedschaft oder Wahlergebnisse. Aber genau der Blick darauf sowie auf die Sozialstruktur der CDU-Wähler rechtfertigt es vollkommen, von der **CDU als erste bundesdeutsche Volkspartei** zu sprechen. Sie erreichte in den 1950er Jahren allein Stimmenanteile von mehr als 35% (1953: 36,4%; 1957: 39,7%), zusammen mit ihrer bayerischen Schwesterpartei CSU 1957 sogar die absolute Mehrheit – und das mit Mitgliederzahlen von nur etwa 215.000 und äußerst gering entwickelten lokalen Organisationsstrukturen (Orts-, Kreis- und Gemeindeverbände). **Konzept und Realität der Volkspartei sind also nicht zwangsläufig mit hohen Mitgliederzahlen** und einem flächendeckenden Netz an lokalen Parteiverbänden **verbunden**.

Erst später hat die Politikwissenschaft Kriterien entwickelt, an denen empirisch überprüft werden konnte, ob eine Partei „berechtigt“ war, sich Volkspartei oder gar „echte“ oder „moderne“ Volkspartei zu nennen. Hintergründe waren zum einen der programmatische Wandel der SPD, der es nach Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 auf recht hohem Organisations- und Mitgliederniveau mit Erfolg gelang, sich für eine sozial breiter gefächerte Anhängerschaft

jenseits alter Klassengrenzen zu öffnen, und zum anderen der Organisationswandel der CDU, die nach der erneuten Wahlniederlage 1972 und dem Wechsel an der Parteispitze auf Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf ganz massiv den Ausbau der Parteiorganisation betrieb und sowohl die Zahl der lokalen Verbände als auch die ihrer Mitglieder und nicht zuletzt auch die Bedeutung der innerparteilichen Vereinigungen deutlich steigern konnte. Als **„echte“ oder „moderne“ Volksparteien** galten in den Diskussionen der 1970er und **frühen 1980er Jahre** Parteien mit

- weltanschaulichem Pluralismus,
- einem **schichtenübergreifenden Integrationskonzept** und einer mehrheitsfähigen Programmatik, das **alle wesentlichen Wählergruppen** anspricht,
- einer bestimmten **Anzahl an Mitgliedern und Wählern**, wobei als „grober“, dennoch an der „Realität orientierter“ **Maßstab 700.000 Mitglieder** und als **„unterste Grenze“ 30% aller (!) Wähler** festgehalten wurde,
- einer relativ ausgewogenen Mitglieder- und Wählerstruktur, d. h. dass keine soziale Gruppe oder Schicht andere dominierte,
- dauerhaften, auf allen politischen Entscheidungsebenen präsenten und aktiven Parteiorganisationen, d. h. Orts-, Kreis-, Gemeinde-, (Regierungs- oder Partei-)Bezirks- und Landesverbänden mit jeweils innerparteilichen Suborganisationen (Vereinigungen oder Arbeitsgemeinschaften) und
- Entscheidungsverfahren nach den Grundsätzen der repräsentativen Demokratie (Darstellung nach Schönbohm 1985: 17f.)⁵.

Daraufhin, besonders aber hinsichtlich der Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse, hat sich in der Bundesrepublik ein sehr anspruchsvolles Volksparteiverständnis etabliert, das bis heute nachhallt und erklärt, warum angesichts der Integrations- und Mobilisierungsprobleme von SPD und Unionsparteien von der Krise oder gar dem Ende der Volksparteien die Rede ist.

Das Aufkommen der „modernen“, mitglieder- und organisationsstarken Volksparteien war aber nicht das Ergebnis von Parteitagsbeschlüssen, sondern hatte ganz spezifische soziale, sozialstrukturelle, wirtschaftliche und politische Ursachen: fulminantes Wirtschafts- und Wohlstandswachstum, die Zunahme materieller und sozialer Sicherheit in den beiden ersten Nachkriegsdekaden, wovon weite Teile der Bevölkerung profitierten und was zu einer „Verbürger-

lichung der Arbeiterklasse“ führte, die mit ideologisch begründeten Kampfansagen an das so offensichtliche Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft kaum noch erreicht werden konnte; die Nivellierung von Klassen-, Standes- oder Schichtunterschieden bis hin zum „Klassenkompromiss“ zwischen den einstigen Antipoden „Arbeit“ und „Kapital“. Dennoch herrschten recht stabile soziale Milieus, aus denen die Unionsparteien zum einen und die SPD zum anderen gleichermaßen massenhafte und dauerhafte Unterstützung erfuhren. Während sich die SPD bis in die 1980er Jahre, teils auch noch weit darüber hinaus, auf gewerkschaftlich gebundene Arbeiter und Angestellte, vor allem im öffentlichen Dienst, stützen und verlassen konnten, bildeten katholische und protestantische Handwerker, Arbeiter und Meister (sog. „kleine Leute“), mittelständische Unternehmer, Landwirte, Angestellte, Beamte und maßgebliche Vertreter der auch in den größeren Städten ansässigen wirtschaftlichen Eliten ein stabiles Unterstützermilieu für die Unionsparteien.

Ihren Mitgliedern boten die „modernen Volksparteien“ eine Fülle von Teilnahmemöglichkeiten, sei es in den aufgewerteten lokalen Verbänden oder in den innerparteilichen Vereinigungen, Arbeitsgemeinschaften oder -kreisen, dazu beinahe exklusive innerparteiliche Kommunikations- und Informationsflüsse, und sie gaben den Mitgliedern das Gefühl, gebraucht zu werden.

Beim Thema Außenpolitik mobilisierten und integrierten beide Volksparteien mit Erfolg Anhänger entlang der Frage der Bündnisloyalität und in der Ost-West-Frage. Zudem beanspruchten sie ihre Repräsentations- und Steuerungskompetenz für ein relativ gut überschaubares Territorium, nämlich den Nationalstaat, auch wenn die Ölkrise der 1970er Jahre einen ersten Vorgeschmack auf die Anfälligkeit der einheimischen Wirtschaft gegenüber weltweiten ökonomischen Einflüssen gaben.

Blicken wir auf die Entstehungs- und Erfolgsbedingungen der „modernen“ Volksparteien, dann ist heute nicht mehr viel davon übrig. Die einst stabilen sozialen Unterstützermilieus sind mehr und mehr zusammengeschmolzen. Die von den Volksparteien repräsentierten und in ihren Stammilieus gelebten Werte und Menschenbilder dienen zwar immer noch ihrer Selbstvergewisserung und Traditionspflege, mobilisieren aber kaum noch nennenswerte Unterstützung, insbesondere bei jüngeren und kirchlich nicht gebundenen Bürgern, deren Zahl nicht nur mit der deutschen Vereinigung zunahm. Auch in den alten Ländern bekennen sich immer weniger Menschen aktiv zum christlichen Glauben, womit der CDU ebenso ein einst

5] *Auf Schönbohms letztes Kriterium wird hier verzichtet, denn „funktionsfähige politische und organisatorische Führungsstruktur(en)“ hatten bzw. haben auch andere, weniger stark organisierte Parteiformationen.*

wichtiges Unterstützerreservoir verloren geht, wie der SPD mit den immer weniger werdenden gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern. Durch die 1970er Jahren sind neue, so genannte postmaterialistische Werte und Forderungen wie die nach individueller Selbstbestimmung und -entfaltung, Gleichberechtigung („Geschlechtergerechtigkeit“), Umwelt- und Ressourcenschutz, mehr direkter Teilhabe an politischen Entscheidungen vor Ort vom materiell saturierten und formal gut ausgebildeten Großstadt(nachwuchs)bürgertum auf die Tagesordnung gesetzt und gelebt worden. Auch die Ost-West-Systemfrage wurde 1989/90 – zumindest in Europa – beantwortet. Nicht zuletzt haben sich die Formen der Politikvermittlung zum einen und die der Informationsbeschaffung durch die Bürger zum anderen in der sog. „Medien- oder IT-Gesellschaft“ komplett verändert.

Das alles hat die Volksparteien massiv getroffen. Sozialer und Wertewandel haben zu einer starken gesellschaftlichen Segmentierung geführt, die die Volksparteien immer weniger abbilden, d. h. integrieren und repräsentieren konnten. Zudem brauchen Bürger heute die Parteien für ihre Informationsbeschaffung ebenso wenig, wie diese Mitglieder benötigen, um ihre Kandidaten und Botschaften „unter das Volk zu bringen“. Ihren Informationsvorsprung haben die Parteien längst verloren oder auch bereitwillig aufgegeben (Gülden-zopf und Hennewig 2010). Zum Teil sind die Volksparteien, und hier insbesondere die CDU/CSU, quasi „Opfer“ ihres eigenen Erfolgs bzw. ihrer eigenen Agenda geworden. Wohlstand und materielle Sicherheit sind auf breiter Basis erreicht, die deutsche Vereinigung ist vollendet und ist – nüchtern betrachtet – für die große Mehrheit aller „Betroffenen“ eine Erfolgsgeschichte, Europa hat derartig an Gestalt und Bedeutung gewonnen, dass es als sinnstiftende Idee auch nicht mehr wie selbstverständlich mobilisiert – eher im Gegenteil.

Globalisierung und Europäisierung haben die Steuerungsräume und -bedingungen gegenüber denen, die zur Hochphase der Volksparteien in den 1970er und 1980er Jahren noch herrschten, fundamental verändert. Von beiden geht ein enormer Konkurrenz- und Anpassungsdruck aus, von dem Wirtschaft, Gesellschaft und Politik betroffen sind, ob man diese Entwicklungen nun bejaht oder nicht. Die Europäische Union ist heute eine Tatsache, die ganz andere Fragen aufwirft als die zurückliegenden Zeiten überwiegend nationalstaatlicher Politik und Souveränität bis etwa Anfang der 1990er Jahre. Unter den gegenwärtigen Bedingungen fällt es naturgemäß immer schwerer, überzeugende Steuerungskonzepte für eine gemein-

wohlorientierte Gestaltung der Gesellschaft zu finden. Wenn sich aber Orte, „Zuständigkeiten“ und Folgen von Politik immer weiter verlagern und für den „Normalbürger“ immer schwerer auszumachen sind, hat das natürlich auch Konsequenzen für die möglichst längerfristige Bindung und Mobilisierung von Wählern und die Motivation und Integration von Parteimitgliedern.

Die „Empirisierung“ der Volksparteien(forschung) auf dem hohen Niveau der 1970er und 1980er Jahre hat gut operationalisierbare und überprüfbare Maßstäbe bereitgestellt, an denen sich Wissenschaft und Publizistik heute abarbeiten. Ob eine Partei aber Volkspartei oder gar „echte“ Volkspartei ist, entscheiden nicht Wissenschaftler oder Parteistrategen (jedenfalls nicht per Beschluss). Darüber entscheiden letztlich die Wähler. Und die haben – vorläufig (?) – entschieden. Denn klar ist, dass der Trend hinsichtlich Mitglieder- und Organisationsentwicklung und zum Teil auch der Wählerbewegungen seit Jahren nach unten zeigt (s. Abschnitt 3).

Ob diese unbestreitbaren Entwicklungen aber zwangsläufig das Ende der Volksparteien bedeuten, ist nicht so sicher, wie die Propheten des Niedergangs behaupten. Denn erstens sind die Kriterien, an denen die Volksparteien heute gemessen und anhand derer ihr angebliches Ende unterfüttert wird, eher willkürlich entstanden – eben in ihrer Hochphase und in Form einer Konvention unter Parteienforschern. Zweitens zeigt ein Blick auf ihr aktuelles Erscheinungsbild, dass sie trotz aller Probleme wichtige Parteifunktionen wie die Formulierung von Parteiprogrammen, die Regierungsbildung und -ausübung, das Bearbeiten und Lösen wichtiger politischer Fragen, die Teilnahme an Wahlen oder das Auswählen und Aufstellen von Kandidaten immer noch erfüllen (dazu z. B. Schmid und Zolleis 2009: 72) – letzteres aber schon mit erheblichen Einschränkungen, insbesondere auf kommunaler Ebene (Wiesendahl, Jun und Niedermayer 2009: 22).

Wir beobachten ohne jeden Zweifel einen gravierenden **Wandel der Volksparteien**, aber nicht zwangsläufig ihr Ende (von Beyme 2000: 10f., von Alemann und Spier 2009, Lammert 2009: 12f., s. auch Gehne und Spier 2010: 10). Während die meisten Parteienforscher primär auf der Suche nach den vielfältigen Ursachen für den Wandel der Parteien und Parteiensysteme sind – oder ihn zumindest beschreiben –, sehen wir unsere Aufgabe vor allem darin, nach **Potentialen einer zukunftsfähigen und -weisen Volkspartei** zu suchen.

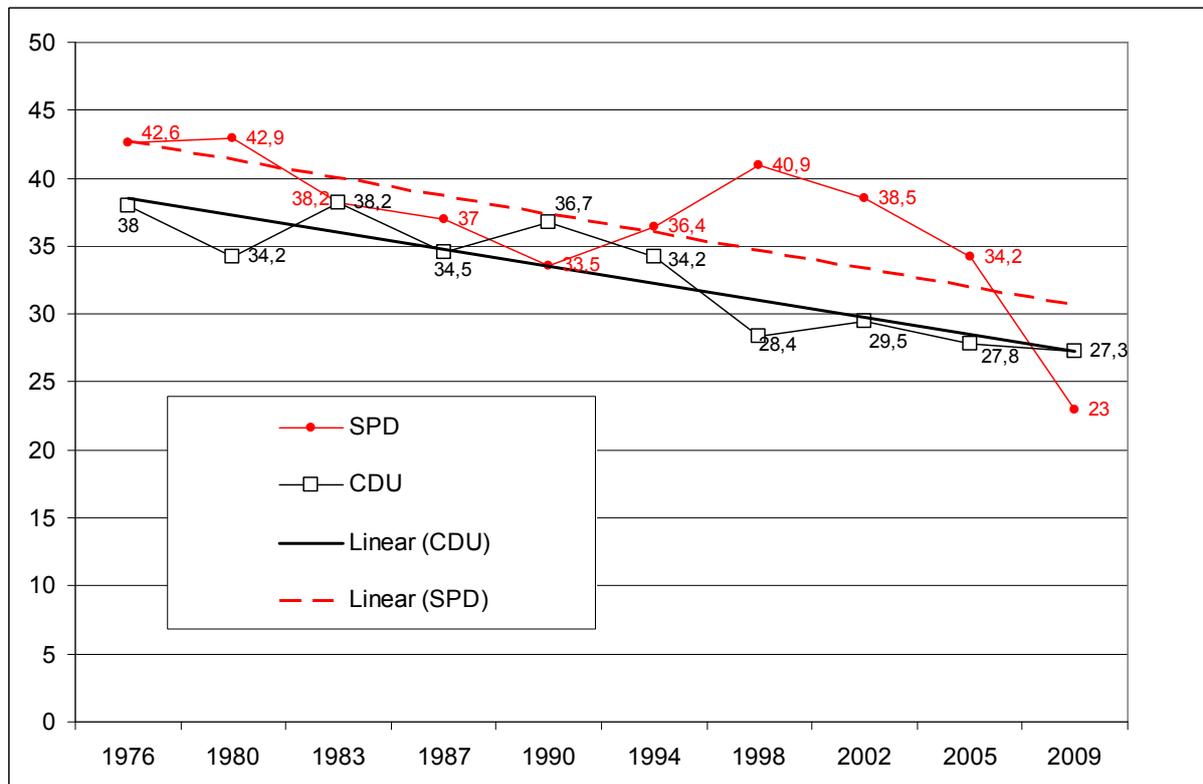
Zuvor wird der Blick allerdings noch einmal auf die Entwicklung der beiden deutschen Volksparteien seit ihrer Hochphase, der so genannten „goldenen Ära der Mitgliederparteien“ (Wiesendahl, Jun und Niedermayer 2009: 19), gerichtet, verbunden mit einer kurzen Diskussion über die (nicht zwangsläufig folgenden) Konsequenzen ihres Entwicklungsweges der letzten 35 Jahre.

3. SPD UND CDU IN ZAHLEN

Aus zwei unterschiedlichen Richtungen kommend – die SPD mit relativ vielen Mitgliedern, einer stark ausgebauten Organisation und nach den Beschlüssen von Bad Godesberg auch befreit vom „ideologischen

Ballast“, der einen politischen und ökonomischen Systemwechsel vorsah; die CDU als langjährige Mehrheitspartei mit einer sozial sehr breit gestreuten Wählerschaft, aber recht schwach entwickelten Organisationsstrukturen – hatten sich CDU und SPD in der Zeit zwischen Mitte der 1970er und 1980er Jahre zu „echten“ oder „modernen“ Volksparteien entwickelt, die auch heute noch als Referenzrahmen in den Diskussionen dienen. Seitdem sind ihre Wahlergebnisse – zumindest im linearen Trend – sowie ihre Mitgliederentwicklung rückläufig (s. Abbildungen 1 unten und 2, Seite 14).

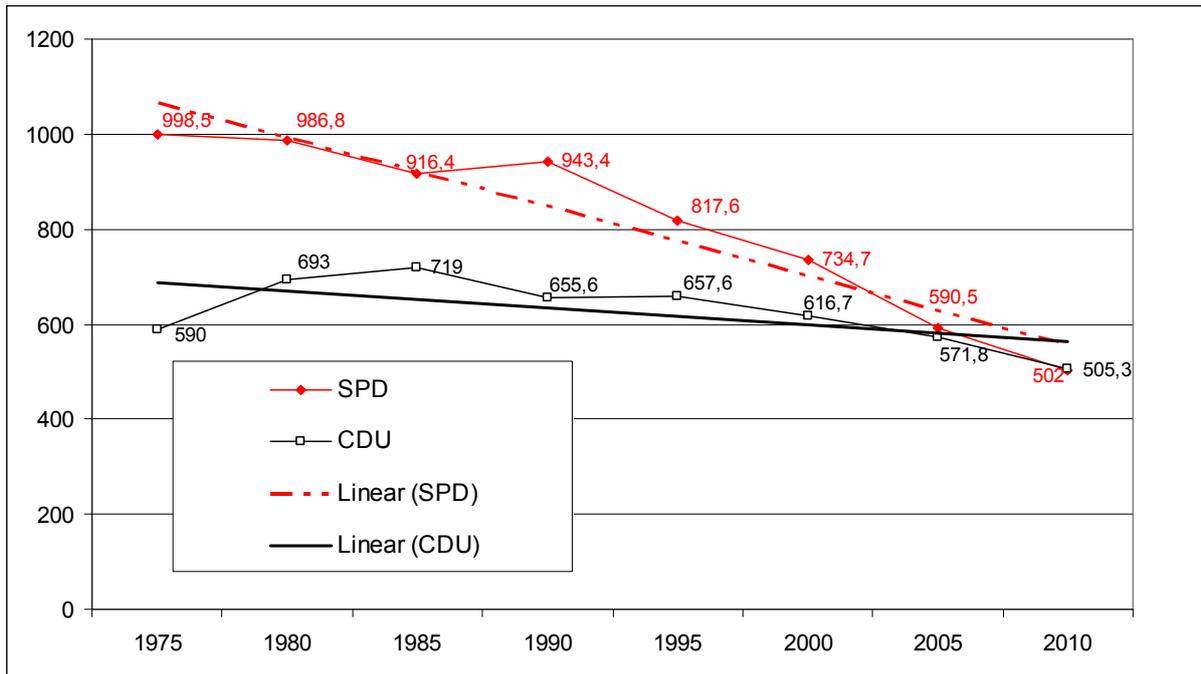
Abbildung 1: Wahlergebnisse von CDU und SPD seit 1976⁶



Quelle: Der Bundeswahlleiter (2009).

6] Dieses Jahr wurde als Ausgangspunkt gewählt, weil der organisatorische Zustand und die Wählermobilisierungs- und Integrationsfähigkeit zunächst der SPD, dann auch der CDU zwischen 1975/76 bis Mitte der 1980er Jahre als Referenzpunkte für die Konzeption der „modernen Volkspartei“ (Schönbohm 1985) dienten.

Abbildung 2: Mitgliederentwicklung von CDU und SPD seit 1975 (in 1.000)



Quellen: Grabow (2000: 33, 46), Niedermayer (2009, 2010), CDU 1990: ohne neue Bundesländer.

Die Gründe dafür sind im Wesentlichen bekannt. Zum Teil sind sie auch weiter oben skizziert worden. Bemerkenswert ist zum einen allerdings schon, dass es der CDU seit dem vorübergehenden Machtverlust 1998 nicht mehr gelang, die „magische“ 30%-Grenze (Volksparteigrenze?) an abgegebenen Stimmen zu überschreiten, und zum anderen, wie stark die SPD nach der Regierungsübernahme 1998 verfiel und sich seitdem auch nicht wieder erholte. Neben den oben angegebenen Gründen für den Niedergang der einst so starken Volkspartei links der Mitte ist die SPD vor allem über den Streit zerbrochen, wie die gegenwärtige Arbeitswelt und die sozialen Sicherungssysteme gestaltet und zukunftsfähig gemacht werden können. Sie ist gewissermaßen an der Verantwortung der Regierungstätigkeit und insbesondere an der Parteiloyalität gescheitert, da diese und Teile der Wählerschaft nicht bereit waren, den Kurs der Spitze mitzutragen. Als Schlag- oder Reizworte seien hier „Rente mit 67“ oder „Hartz IV“ genannt.

Der CDU sind neben den oben genannten Gründen im Laufe der zurückliegenden zwanzig Jahre zum einen profilbildende und mobilisierende Themen abhandeln gekommen (Antikommunismus, Westbindung, deutsche Einheit), zum Teil hat sie sich aber auch selbst davon getrennt (z. B. Aufgabe der Wehrpflicht und des Wehersatzdienstes). Josef Schmid und Udo Zolleis sprechen in diesem Zusammenhang davon, dass die Volksparteien heute weniger ein Nachfrage-

problem, sondern in erster Linie ein Angebotsproblem hätten (Schmid und Zolleis 2009: 78). Angesichts der wahlsoziologischen Befunde ist das sicherlich eine streitbare These, da sich die Nachfrage, gemessen an organisierter Anhängerschaft und Wahlzuspruch, derzeit in Grenzen hält. Beiden Parteien fehlt es nach Ansicht der Forscher jedoch offensichtlich an sinnstiftenden und mobilisierenden Ideen, an Glaubwürdigkeit, Überzeugungskraft sowie an Leitbildern (ebd., s. auch Jun 2009: 187).

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Wahlergebnisse ist sicherlich besorgniserregend⁷, vor allem die konstant schwindende Wählerbindungs- und -mobilisierungsfähigkeit von SPD und CDU. Denn dies ist das „Kerngeschäft“ einer politischen Partei. Alles andere, wie (massenhafte) Mitgliederintegration oder ein dichtes Netz an lokalen Organisationen sind im Grunde nur ein Mittel zum Zweck, nämlich dem Erreichen von Gestaltungsmehrheiten oder auch dem Machterwerb, auch wenn sich im deutschen Parteienverständnis spätestens seit der – fälschlicherweise –

7] Auf der Grundlage einer ähnlichen Zeitreihe konstatiert Antonius Liedhegener (2009: 218), dass die SPD bei unverminderter Fortsetzung des Mitgliedertrends in 30 Jahren „mitgliederfrei“ wäre, die CDU erst in gut 80 Jahren. Nehmen wir aber nur den Verlauf der Trendfunktion für die letzte Dekade, in der sich der Negativtrend noch beschleunigte, tritt dieser Zustand rechnerisch jedoch schon deutlich früher ein. Danach würde die SPD bereits 2033 ihr letztes Mitglied verloren haben, die CDU 2053.

so genannten „nachgeholtten Parteibildung der CDU“ (Scheer 1977) die Überzeugung durchgesetzt hat, dass Parteien ihre Aufgaben dann am besten erfüllen, wenn sie mitgliederstark sind (und in der Tat korrelieren beide Variablen, die Mitgliederzahlen und die Wahlergebnisse relativ stark miteinander).

Dennoch muss eine negative Mitgliederentwicklung nicht zwangsläufig dauerhaft schwaches Wahlab-schneiden bedeuten. Nach einer derartigen „Logik“ hätte beispielsweise die Hamburger SPD, die seit 2000 mehr als ein Viertel ihrer Mitglieder verloren hat, die Bürgerschaftswahlen im Februar 2011 nicht dermaßen fulminant gewinnen können (vgl. Anm. 1). Ein zwangsläufiger Zusammenhang zwischen Mitgliederstärke und Wahlerfolg ist beispielsweise auch für die Parteien in den neuen Bundesländern für lange Zeit nicht erkennbar gewesen (Grabow 2000: Kap. 8). CDU und SPD haben dort zum Teil absolute Mehrheiten erringen können, ohne sich dabei auch nur annähernd auf eine mit den westdeutschen Landesverbänden vergleichbare mitgliederstarke Organisation stützen zu können. Sie haben auch bereits Ende der 1990er Jahre die Entwicklung vorgezeichnet, die heute mehr und mehr zur Realität auf gesamtstaatlicher Ebene wird, nämlich dass die Parteien auf immer schwächerer Organisationsbasis, vor allem mit immer weniger Mitgliedern, agieren müssen. Das ist in erster Linie ein finanzielles Problem für die Parteien, da ihnen Beitragszahler abhanden kommen. Ein Aktivitätsproblem muss es nicht sein, da kleinere Gruppen (Orts-, Kreis- und Landesverbände) sogar zu mehr lokaler Aktivität neigen als große (ebd.: 155-160).

Parteienforschung und -praxis belegen zudem, dass nach dem Ausscheiden vieler „Karteileichen“ ein beträchtlicher Teil der verbliebenen Mitglieder durchaus zu mehr innerparteilichem Engagement bereit ist (Neu 2009: 169ff.), auch wenn sich die Motive für die aktive Teilnahme geändert haben. Neu (ebd.) und Jun (2009: 205) sprechen in diesem Zusammenhang von einem neuen Mitgliedertyp. Dieser ist nicht mehr primär wertegebunden, an Geselligkeit oder allgemeiner politischer Information interessiert, sondern an der gemeinsamen Bearbeitung und Lösung von Dingen, die ihm oder ihr unter den Nägeln brennen (instrumentelle Mitgliedschaft).

Potentiale für die Volksparteien sind also durchaus (noch) vorhanden. Es gilt nun, diese aufzuspüren und in ein tragfähiges Konzept für eine offene, aktive, lösungskompetente und stärker an den Belangen der Bürger orientierte Volkspartei umzusetzen.

4. ZUR ZUKUNFT UND ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DER VOLKSPARTEIEN IN DEUTSCHLAND

Wie eingangs erwähnt, entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit der Volksparteien auf drei Ebenen: Erstens der (Tages)Politik, zweitens der Mobilisierung und Integration von Menschen unterschiedlichster sozialer und auch kultureller Herkunft auf der Basis gemeinsamer Werte und politischer Zielvorstellungen und schließlich durch veränderte Organisationsformen und -verfahren, die den veränderten, aber zweifellos vorhandenen politischen Teilnahme- und Politikgestaltungsvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Volksparteien müssen, in Anlehnung an Tilman Mayer (2009: 19), die Bürger belohnen, integrieren und motivieren – und zwar auf allen Ebenen.

Ebene 1: Politik und Strategie

Volksparteien müssen **Politik für die Menschen** machen. Ihr Wirken muss sich für die Bürger in einem **messbaren Nutzen** ausdrücken, z. B. darin, dass trotz der aktuellen Schuldenkrise im Euroraum und den Strategien zur Stabilisierung der Gemeinschaftswährung Spareinlagen im Wert nicht massiv verlieren, dass trotz aller Rettungsbemühungen eine lebenswerte und seriös zu finanzierende Perspektive für gegenwärtige und künftige Generationen bestehen bleibt (Chancengerechtigkeit), durch spürbare Verbesserungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, v. a. in Großstädten, oder allgemeiner: durch Lösungen akuter und künftiger Probleme.

Ein Wähler muss jederzeit sagen können: „Darum habe ich die gewählt!“ Wenn einer Volkspartei dies wieder verstärkt gelingt, dann steigen auch Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Volksparteien, dann tragen sie diese Bezeichnung zurecht, und dann haben sie auch (wieder) Zulauf. Das heißt auch, **Volksparteien legitimieren und definieren sich künftig verstärkt durch Leistungen für die Bürger**, nicht vordergründig durch die Zahl ihrer Mitglieder.

Politische Leistungen kann eine Partei jedoch in erster Linie nur in Exekutivverantwortung erbringen. Bevor sie diese erreicht, ist deshalb **Strategiefähigkeit** gefordert. Volksparteien müssen sich als Problem-„erkenner“ und -löser anbieten und Ziele formulieren, mit denen sich ein Großteil der potentiellen Wählerinnen und Wähler identifiziert. Zur Strategiefähigkeit gehört aber nicht nur die Suche nach überzeugenden und mehrheitsfähigen Antworten auf die gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft, sondern auch die Ansprache neuer Wähler-

schichten – insbesondere unter den Bedingungen zunehmender gesellschaftlicher Segmentierung und Individualisierung – ohne die Stammwählerschaft zu enttäuschen (Wiesendahl 2011).

Eine Volkspartei muss so vielfältig sein, wie die Gesellschaft, die sie umgibt und die zu repräsentieren sie den Anspruch erhebt. Dazu bedarf es allerdings auch einer integrativen Klammer, wie sie – neben den Grundwerten einer Volkspartei – zum Beispiel auch ein mobilisierendes Konzept von Bürgerlichkeit darstellen könnte. Die CDU versteht sich als die bürgerliche Volkspartei der Mitte (CDU 2010, Walter u. a. 2011), womit gleichsam ein identitätsbildendes und ein sich von der SPD abgrenzendes Profil geschärft werden kann (s. auch 4.1).

Ebene 2: Mobilisierung

Auf allen Gliederungsebenen müssen Volksparteien den **Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern** suchen, zu offenen Diskussionen einladen, Zukunftsforen zu den bewegenden Themen durchführen und die Ergebnisse dann umsetzen – und das nicht nur einmal im Wahlkampf, sondern dauerhaft. Eine ganze Fülle von Themen bietet sich für derartige Foren („Wie wollen wir morgen leben?“) an, auf Bundesebene z. B.: von der Energiepolitik über Sozialpolitik (Rente, Pflege), Migration, Bildung bis hin zu Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders, einschließlich der Frage nach der inneren Ordnung (s. auch Veen 2011).

Das heißt auch, dass Volksparteien in Zukunft, auch wenn sie sich dazu entschlossen haben sollten, sich stärker für Nichtmitglieder zu öffnen (s.u.), nicht darauf warten dürfen, dass die Menschen nun zu ihnen kommen, sondern umgekehrt, dass **die zukunfts-fähigen Volksparteien auf die Menschen zugehen** und mit ihnen dauerhaft in Kontakt bleiben.

Auf **lokaler Ebene** müssen Volksparteien deshalb in Erfahrung bringen, welche Themen die Bürger bewegen, welches die zwei bis drei wichtigsten Themen bzw. dringlichsten Probleme im Kiez sind, wie sie angegangen bzw. gelöst werden können. Das Beispiel der Berliner CDU, die vor den Wahlen die 100 dringlichsten Probleme der Berlinerinnen und Berliner erfragt und dann in Lösungsansätze umgesetzt haben, ist für die lokale Ebene sicher zu groß, aber zweifellos ein lohnenswerter Ansatz, den man kleiner auch auf lokaler Ebene verfolgen sollte. Volksparteien müssen diesen gemeinsamen Themen- und Lösungssuchprozesse anstoßen, *die Initiative ergreifen* (bevor es andere tun), diese natürlich auch kommunizieren, Verantwortliche und Entscheidungsträger wie MdB,

Bundes-, Landesminister oder MdL in diesen Dialog einbeziehen und dann diese Beschlüsse auch umsetzen und fortlaufend begleiten.

Auf lokaler Ebene müssen die Bürger **mitmachen** können, auch sporadisch, interessen- oder themengeleitet. Volksparteien definieren sich künftig deshalb auch darüber, dass sie den Bürgern immer wieder Gelegenheiten bieten, sich genau für die Bearbeitung bzw. Lösung politischer Sachfragen zu engagieren, seien dies „große“ Zukunftsfragen wie die der sicheren, bezahlbaren und ökologisch vertretbaren Energieversorgung, große Infrastrukturprojekte, Standortfragen oder lokale Probleme wie Bau oder Verlegung einer Umgehungsstraße, der Bau einer Schule oder einer Bibliothek. Gelingt den Volksparteien diese Partizipationsoffensive, dann werden sie auch wieder attraktiv(er), und auch dann haben sie auch wieder Zulauf.

Die „Anti“-Bürgerinitiativen links der Mitte und ihre Partei können derartige Fragen nicht allein beantworten. Den Bürgerinitiativen darf dies auch gar nicht allein überlassen werden. Das ist nicht nur eine Frage mangelnder formaler Legitimation, sondern v. a. eine Frage der Qualität der zu treffenden Entscheidungen. Nur große, auf Dauer, Ernsthaftigkeit, Interessenausgleich und Kompromissfähigkeit angelegte, mit Sachverstand und Realitätssinn ausgestattete, umfassend und verantwortungsvoll agierende politische Verbände – eben Volksparteien – sind in der Lage, diese Probleme zum Wohle einer ganzen Gesellschaft zu bearbeiten oder gar zu lösen. Besser wäre es noch, wenn sich die Volksparteien an die Spitze solcher Vorhaben stellten und im Einklang mit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht nur Sachfragen bearbeiteten, sondern auch Leitbilder für die künftige Gestaltung des Gemeinwesens entwickelten.

Der andauernde **Dialog mit den Bürgern**, Bürger- und Zukunftsforen, Anhörungen, die Beteiligung der Bürger an Planungsverfahren und anderen politischen Vorhaben, dies verstärkt auch in Form von **online-**Informationen und -Abstimmungen, ggf. auch Schlichtungen von Interessengegensätzen – das sind die politischen Partizipationsformen der Zukunft und nicht mehr allein Mitgliederversammlungen mit den seit Jahren eingespielten Ritualen (Junghanns 2011, Grabow 2011). Das hält einen Teil der an politischer Beteiligung Interessierten vom Parteieintritt eher ab oder verschreckt Neumitglieder, die ihre Partei nach recht kurzer Zeit wieder verlassen⁸.

8| Auch wenn zum „Drehtüreffekt“ weitere Recherchen notwendig wären, seien hier zur Illustration folgende Zahlen genannt: Von den 44.394 Mitgliedern, die der

Ebene 3: Organisation und Partizipation

In zukunftsfähigen Volksparteien geht es deshalb auch nicht (mehr) um veränderte Partizipations- und Abstimmungsverfahren für die eingeschriebenen Mitglieder und Beitragszahler, sondern darum, den Teilnahme- und Mitentscheidungs Vorstellungen der Bürger zu entsprechen. Nicht „Mitglieder“- oder „Delegiertenprinzip“ ist die Frage, mit der sich Volksparteien intern beschäftigen sollten, sondern das „**Mitmacherprinzip**“, auch wenn das Mitmachen temporär sein sollte oder die Motive dafür primär sachbezogen sind und nicht in langfristigen emotionalen Wertebindungen an eben diese Partei liegen. Werte bieten zwar Orientierung – und das soll auch so bleiben. Aber Werte allein setzen sich immer weniger in Wahlerfolge um noch lösen sie konkrete Probleme. Das müssen auch die Volksparteien anerkennen und umsetzen. Eine weitere Öffnung der Organisationsstrukturen käme der verbreiteten Neigung zum projektbezogenen (lokalen) Engagement entgegen, das gerade von jüngeren Menschen oder solchen mit weniger starken Bindungen an eine Partei nachgefragt wird.

Die Aufnahme von „Mitmachern“ führt jedoch beinahe zwangsläufig zu Konflikten mit den formal eingeschriebenen Mitgliedern, deren Mitgliedschaftswert fällt, wenn Nichtmitglieder dieselben Teilnahme- oder gar Stimmrechte erhalten. „Vorbehalten der Mitglieder gegen eine ... Öffnung könnte man begegnen, indem man auch deren Beteiligungsrechte ausweitet“, schreibt dazu der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker (2012: 15). Er plädiert für eine prinzipielle Einführung von Mitgliederentscheiden und Abstufungen bei den Entscheidungsrechten. „Bestimmte Entscheidungen wären ausschließlich den Mitgliedern vorbehalten (z. B. Personalentscheidungen, KG), während andere ... (z. B. Sachentscheidungen, KG) auch Nichtmitgliedern ... offen stünden (ebd.). Zumindest das Recht, für öffentliche und Parteiämter zu kandidieren, sollte allerdings schon grundsätzlich den Mitgliedern vorbehalten bleiben, sonst kann man die Idee der Mitgliederpartei sowohl in quantitativer (wachstumsorientiert) als auch in qualitativer Hinsicht (Pflege der Mitgliedschaft) vergessen (Haungs 1994).

CDU seit dem 1. Januar 2009 beigetreten sind, haben 4.812 (10,8%) die Partei bis zum 30. September 2011 aus den unterschiedlichsten Gründen (Tod, unbekannt verzogen, persönliche Gründe usw.) wieder verlassen; 410 ehemalige Mitglieder gaben dafür „politische Gründe“ an (Angaben der CDU-Bundesgeschäftsstelle). Nach Angaben des CDU-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern verlassen rund 5-6% der Neumitglieder die Partei innerhalb eines Jahres wieder, wobei die vielfältigen Ursachen hier nicht weiter benannt werden können.

Angesichts der zum Teil schon sehr dünnen Personaldecke der Volksparteien, v. a. auf lokaler Ebene, mutet allerdings die Diskussion, ob nur Mitglieder berechtigt sind, für öffentliche Wahlämter zu kandidieren, etwas realitätsfern an. Da müssen die Volksparteien schon seit langem improvisieren.

Volksparteien können in Zukunft nicht auf das Engagement, das Wissen und andere Fähigkeiten politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger verzichten. Deshalb müssen sie diese ansprechen, zur Beteiligung einladen, sie erst mitmachen und dann in geeigneter Form mitentscheiden lassen, zumindest in Sachfragen.

Ein bislang nicht ausgeschöpftes Potential der Mitgliederbeteiligung liegt darin, viel stärker als bisher deren fachliche Expertise abzufragen. Die Parteien wissen doch, wer bei ihnen Mitglied ist. Orts- und Kreisverbände, Kreistags- oder Gemeinderatsfraktionen und andere Gliederungsebenen sollten auch „einfache Mitglieder“ einladen, sich an Konzepten zu Parteifragen oder an der Erarbeitung von Entscheidungsvorlagen zu beteiligen, ihnen diese Vorlagen zusenden, ihren Rat einholen und die Ergebnisse dann gemeinsam in den Gremien oder Fraktionen diskutieren und umsetzen. Zudem sollten die Volksparteien bei der Listenzusammenstellung zu Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen weniger auf die Absicherung verdienstvoller Altmitglieder Wert legen, sondern sich auch stärker als bisher für Seiteneinsteiger öffnen. Auch dies könnte die Teilnahme und die (spätere) Mitgliedschaft von engagierten Bürgern befördern.

Um das derzeitige Altersproblem zu lösen, muss eine zukunftsfähige Volkspartei gezielt und stärker als bisher **jüngere Menschen** ansprechen und ihnen ganz besondere, attraktive Beteiligungsformen anbieten. Schulen, Sportvereine und Freizeiteinrichtungen sind der vorparteiliche Raum, den es dabei stärker als bisher einzubeziehen gilt. Die vorparteiliche Ansprache und ggf. auch Bindung jüngerer Menschen an die Partei kann dabei durch Sport- oder andere Freizeitevereine, die an Kreisverbände angegliedert oder vom ihnen selbst initiiert werden, durch Computerclubs oder auch -spiele und Netzwerke, in denen Politik, Parteien und Parteienlogos vorkommen und positiv besetzt sind, erreicht werden⁹. Aber auch Initiativen

9| *Wichtig sind bei dieser Art der Nachwuchsrekrutierung allerdings – neben den Formen der Ansprache – auch Pflege und Nachhaltigkeit bei einer recht volatilen (potentiellen) Anhängerschaft, wie die erstaunlich geringen „Mitgliedsnacherquoten“ bei der Jungen Union veranschaulichen. Dennoch sollte es zunächst nur um die Heranführung jüngerer Menschen an die Volksparteien gehen, nicht zwangsläufig darum, sie gleich als herkömmliche Mitglieder gewinnen zu wollen.*

zur Lehrstellen- und Jobvermittlung wie Jobbörsen unter Einbeziehung der lokalen Wirtschaft kommen für die (Wieder)Anbindung jüngerer Menschen an die Volksparteien durchaus in Frage. Hier gilt es, zu **lokal** zu **experimentieren**. Formal lassen dies die Statuten der Volksparteien zu. Satzungsfragen fallen in den Entscheidungsbereich der Landes- und Kreisverbände.

In Zukunft sollten Volksparteien an der Spitze – wie bewährt – mit gewählten Gremien (Präsidium, Vorstand, Fachausschüssen) und Personen (Vorsitzende/r, Generalsekretär/in, Geschäftsführern) arbeiten, an der Basis sollten sie jedoch verstärkt den **Charakter einer Bürgerbewegung** haben, bei der die vorhandenen lokalen und regionalen Organisationsstrukturen und die dort aktiven Funktionäre wichtige und vor allem auch professionelle Organisations- und Koordinationsaufgaben wahrnehmen. „Professionell“ bezieht sich dabei ausdrücklich nicht auf die unter eben diesem Begriff lange Zeit betriebene „Modernisierung“ der Organisationsabläufe, der innerparteilichen Kommunikation und Außendarstellung, wie sie beispielsweise in Matthias Machnigs Vorstellungen der „Netzwerkpartei“ dargelegt sind. Sein Modell lief auf eine Art „öffentliche Dienstleistungsfirma“ hinaus, die „[...] professionelle Kommunikationsleistungen erbringt, nach modernen Managementmethoden organisiert ist [...] und professionelle[n] Vorbereitung von Veranstaltungen“ betreibt (zitiert nach Jun 2009: 199). Auch in CDU-Reformpapieren kommen Begriffe wie „moderne Managementmethoden, Kommunikations- und Personalführungstechniken“ (CDU 2003: 22) vor. Das klingt weniger nach Partei als nach jedweder Art von Unternehmung, die es sich leisten kann, Kommunikations- und Werbeagenturen, Organisations- und Prozessberater u. a. „Optimierer“ zu beauftragen.

Diese Arten der Organisations- und Kommunikationsprofessionalisierung sind hier nicht gemeint. **Volksparteien leben durch eine Re-Kommunalisierung des Mitmachens und -gestaltens**. Bürger engagieren sich dort, wo sie die Wirkungen ihres Engagements auch erleben (s. u. a. Glaab 2003). Mit professionellen Organisations- und Koordinationsaufgaben ist hier schlicht die Nutzung der vorhandenen Organisationserfahrungen der Kreis-, Regionalverbands- und Landesgeschäftsführer gemeint. Sie wissen, wie Veranstaltungen organisiert werden, und sie haben Mitglieder- und Sympathisantendateien, die als Grundlage für die Ansprache interessierter Bürger genutzt werden können. Auf diese professionelle Weise kann eine neue (Ver)Bindung zwischen Bürgern und Volksparteien hergestellt werden, die auch „nach oben“, d. h. auch auf große politische Themen und Projekte ausstrahlt.

4.1 Volkspartei CDU

Nach Berechnungen der Sozialstatistiker zählen zwischen 60 und 67 Prozent der Deutschen zur **Mittelschicht**. Knapp 17 Prozent liegen im oberen Einkommensbereich (Goebel u. a. 2010; Ernste u. a. 2010). Das sind zusammen rund 50 Millionen Erwachsene. Aber nur knapp zwölf Millionen wählten 2009 die CDU. Selbstverständlich ist nicht jeder, der von den Statistikern zur Mittel- oder oberen Einkommensschicht gezählt wird, allein deshalb automatisch Sympathisant oder gar Stammwähler der CDU (oder der CSU). Umgekehrt wählen natürlich auch Bezieher niedriger Einkommen die Unionsparteien oder engagieren sich in ihnen als Mitglieder. Dennoch steckt in der Mittelschicht viel **Potential für die Volksparteien**, besonders für die **Volkspartei CDU**.

Als Volkspartei muss die CDU – basierend auf dem **christlichen Menschenbild** und dem darauf aufbauenden Politikverständnis – **bürgerliche Werte**, Tugenden und **Lebensstile** ansprechen und so Unterstützung unter denen mobilisieren, die sich mit diesen Werten identifizieren: politische und wirtschaftliche **Freiheit**, innere wie äußere **Sicherheit**, eine stabile innere **Ordnung** und Ordnungsbewusstsein, **Verantwortung** für sich selbst und das Gemeinwesen, **Bildung**, **Leistungsbereitschaft**, (Leistungs)**Gerechtigkeit** und **Solidarität** mit Schwächeren sind derartige bürgerlichen Werte. Sie können und müssen nicht alle gleichermaßen und gleicherorten vertreten werden. Was in ländlichen Regionen oder der Provinz immer noch zur Identitätsbildung beiträgt, muss in größeren Städten nicht auch mobilisieren, wie es die CDU im Jahr 2011 wiederholt schmerzhaft erlebt hat.

Aber als Volkspartei muss die CDU gesellschaftliche Vielfalt abbilden, auch wenn das immer wieder zu Konflikten mit Vertretern der Stammklientel führt. Das Markenzeichen der Volkspartei CDU, dessen Preisgabe von manchen wiederholt beklagt wird, war nie Verharrung, sondern ein relativ hohes Maß an Flexibilität und Pragmatismus (Lau 2009), das für christlich-demokratische Parteien nicht untypisch ist (Frey 2009). **Volkspartei bedeutet Vielfalt, nicht Anpassung an den Zeitgeist**. Diese Vielfalt äußert sich nicht nur föderal hinsichtlich bestimmter *policy*-Domänen einzelner Landesverbände oder hinsichtlich der Vielfältigkeit der Themen, die eine Volkspartei bearbeitet, angefangen von der Wirtschafts- und Finanzpolitik, über Beschäftigungs-, Familien-, Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik, Gesellschafts-, Rechts-, Innen- und Sicherheitspolitik bis hin zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Vielfalt

bedeutet auch Ansprache und Repräsentation unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und Lebensstile, die unter einem gemeinsamen Dach, den Grundwerten und Zielen einer Volkspartei zusammengeführt werden. Nur so war und ist zu erklären, dass der protestantische Unternehmer aus Esslingen und seine Ehefrau, der katholische Arbeiter aus Bottrop, der Landwirt aus dem Umland von Lauenburg und auch die atheistische Lehrerin aus Berlin-Pankow in ein und derselben Partei ein politisches Zuhause gefunden haben.

Ein bislang weitgehend ungenutztes Potential für die Volkspartei CDU liegt bei den Bürgern mit „Migrationshintergrund“, vor allem auch bei solchen mit nicht-christlichem Bekenntnis. Es gehört zur Integrationsleistung einer Volkspartei, auch diese Menschen zu erreichen, deren Bevölkerungsanteil schon allein aufgrund der demographischen Entwicklung¹⁰ in Deutschland zunehmen wird. Darum kann auch die CDU auf die Ansprache und die Mitwirkung von **Angehörigen nicht-christlicher Glaubensgemeinschaften** nicht verzichten (s. auch Laschet 2009). Zu deren Ansprache und Einbeziehung muss die CDU betonen, dass sie ihre Grundwerte zwar aus dem christlichen Menschenbild ableitet, dass sich aus dem christlichen Glauben heraus jedoch kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt. Die CDU ist gerade deshalb für jeden offen, der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen ihrer Politik bejaht, auch wenn er sie nicht aus dem christlichen Glauben herleitet. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Gerechtigkeit sind universelle Werte, die auch von Angehörigen anderer Glaubensgemeinschaften geteilt werden. Dasselbe gilt für bestimmte Welt- oder Familienbilder.

Parteigliederungen in Ballungszentren mit hohem Migrantenanteil könnten auch hier eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie noch weiter auf Angehörige nicht-christlicher Glaubensgemeinschaften zugehen.

10| Die Überlegung, dass sich die CDU angesichts der demographischen Entwicklung verstärkt für die (noch in Erfahrung zu bringenden) Belange der Rentnerinnen und Rentner einsetzen sollte, um Mehrheiten hinter sich zu versammeln, greift vermutlich zu kurz. Zwar nimmt der Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung von heute knapp 17% bei sinkender Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2030 auf über 22% zu (Stat. BA 2009). Dennoch liefe eine thematische Verengung auf Interessen von Rentnern auf eine Klientelpolitik bzw. -partei hinaus und eben nicht auf eine Volkspartei, die sich den Interessen aller Bürger und Bevölkerungsgruppen verpflichtet sehen muss. Zudem zeigen Wählerstudien, dass die CDU trotz des Anwachsens der über 60jährigen an der Gesamtbevölkerung davon nicht in gleichem Umfang profitiert (Walter u. a. 2011: 169).

Es gehört zu einer echten Volkspartei, auch diese Vielfalt abzubilden und auszuhalten. Das haben schließlich die Begründer der konfessionsübergreifenden Union auch getan – mit großem Erfolg! Denn eines ist klar: Die gesellschaftliche Segmentierung wird weiter zunehmen. Zukunft hat eine Volkspartei nur dann, wenn sie diese Segmentierung nicht als Bedrohung, sondern als Chance versteht, eben diesen Integrations-„Spagat“ zu vollbringen. Grundwerte zum einen, aber auch veränderten Teilnahmeformen für alle Interessierten zum anderen sowie spürbare Politikleistungen für die Bürger sind die Voraussetzung für diese unter stark veränderten Rahmenbedingungen neu zu erbringende Integrationsleistung.

Neben diesen veränderten Ansprache- und Teilnahmeformen und den dabei notwendigen Integrationsleistungen muss sich die CDU aber auch weiterhin auf **bewährte Organisationsverfahren** und **Kern-Unterstützerguppen** stützen. Ein Blick auf die mittlerweile zumindest in Teilen etwas verblasste Organisations-, Integrations- und Repräsentationspraxis der Volkspartei CDU veranschaulicht ihre (früheren) Stärken, an die sie anknüpfen, die sie aber auch wieder stärken muss.

Stark war die CDU beispielsweise durch ihre programmatisch zum Teil gegenläufigen Vereinigungen und Flügel, die sie mit Erfolg unter dem gemeinsamen Dach der Partei integrierte. Diese Flügel sind nicht nur von Bedeutung für die breite programmatische Profilierung und den Erwerb umfassender Politikkompetenzen, sondern auch für eine sozial breit gestreute Mitglieder- und Wähleransprache bzw. -integration (Mayer 2009: 20). Ein sachkompetenter und durchsetzungsstarker Wirtschaftsflügel mit einem klaren ordnungspolitischen Standpunkt gehört ebenso dazu wie ein starker und konfliktfähiger Arbeitnehmerflügel, um die unbestreitbaren Potentiale von Freiheit mit den Prinzipien Gerechtigkeit und Solidarität auszubalancieren. Auch gesellschaftspolitische Flügel wie (urbane) Liberale einerseits und (ländliche) Wertkonservative andererseits sind Teile einer zukunftsfähigen und lebendigen Volkspartei.

Stark war die CDU beispielsweise auch durch die **föderale Vielfalt** ihrer **Landesverbände**, die sich zu „**policy-Domänen**“ profilieren oder zumindest mit dem Image einer eigenständigen Profilierung Anhänger auch über die Landesgrenzen hinaus integrieren und mobilisieren konnten (Schmid 1990). Auch wenn die inhaltliche Profilierung der Landesverbände etwas verblasst sein mag, die CDU in Hamburg ist noch immer anders als die in Hessen oder in Baden-Württemberg und diese Landesverbände haben

gegenüber denen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen oder Sachsen wiederum ein eigenständiges Profil. **Das muss eine Volkspartei sein: vielfältig und dennoch über gemeinsame Werte und Ziele geeint.**

Auch in der **Zusammenarbeit mit den Kirchen**, vor allem aber auch in der „Nutzung“ des weit überdurchschnittlichen gesellschaftlichen Engagements der Mitglieder beider christlichen Kirchen liegen weitere Potentiale der Volkspartei CDU. Hier dürfte allerdings der „Ausschöpfungsgrad“ fast erreicht sein, da erstens der Anteil der Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung sinkt und sie zweitens trotz eines nachgewiesenen höheren gesellschaftlichen Engagements (Liedhegener 2010: 248ff.) nicht überall gleichzeitig, d. h. in der Kirche, in Vereinen, Eltern- oder anderen Initiativen und dann auch noch in Parteien, aktiv sein können.

5. FAZIT

Die hier dargelegten Überlegungen bieten möglicherweise Ansätze, die Volksparteien im Allgemeinen und die Volkspartei CDU im Besonderen zukunftsfähig(er) zu machen. Inwieweit sie praxistauglich sind, muss sich allerdings erst noch zeigen. Die Herstellung von Legitimation und Zuspruch durch spürbare Leistungen oder Leistungssteigerungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger hat vermutlich das größte Potential für die Volksparteien, ist aber heute mehr denn je von finanziellen Zwängen eingegrenzt, die von den Parteien zum Teil selbst nicht mehr beherrschbar sind. Aber auch die hier dargelegten Organisations- und Teilnahme(re)formen sind keine Garantie auf Stärkung der Volksparteien, ganz abgesehen davon, dass sie weder wirklich neu noch unumstritten sind. Außerdem sind alle bisherigen Partei-, vor allem die vielen Organisationsreformen meist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben (Grabow 2000: 73, 223ff.; Bösch 2005; von Alemann und Godewerth 2005; Wiesendahl 2006; Jun 2009: 194ff.). So ist beispielsweise bei nahezu jedem Versuch, die Parteistrukturen zu öffnen, der scheinbar unlösbare Konflikt zwischen „Mitmachern“ einerseits und Alt-Mitgliedern sowie Funktionären andererseits vorgezeichnet, wie die seit langem anhaltenden Diskussionen um das Mitglieder- und Delegiertenprinzip oder um „Urwahlen“ bei wichtigen Personalentscheidungen zeigen (Kießling 2001, Jun 2009, Eith 2010, Grabow 2010).

Die Volksparteien stecken hier gewissermaßen in einem Dilemma: Einerseits wollen sie (Neu)Mitglieder und eine aktive Basis. Darum bieten sie den Mitgliedern seit Jahren immer neue Teilnahmemöglichkeiten,

wie die Ausweitung der Entscheidungsbeteiligung der Basis zu Sach- und Personalfragen, die Ersetzung des Delegiertenprinzips durch das Mitgliederprinzip, (beitragsfreie) Probe- oder Schnuppermitgliedschaften, Rede-, zum Teil sogar Antrags- und Stimmrechte auch für Nichtmitglieder, an. Andererseits schränkte jede Stärkung der Basis die Handlungsautonomie und -routinen ab der mittleren Funktionärs Ebene aufwärts ein und war von ihr eigentlich nicht gewollt (s. dazu Decker und Oeltzen 2009: 265f., Detterbeck 2009: 301ff.). Aber die eingespielten Rituale in den Parteien sind für Aktivbürger zu wenig attraktiv. Altmitglieder, die seit Jahren Beiträge zahlen und der Partei ihre Freizeit opfern, fragen sich jedoch irritiert, warum Probe- oder Schnuppermitglieder, oder auch nur sporadische „Mitmacher“ genau die gleichen Rechte haben sollten wie sie. Wenn quasi jeder interessierte Bürger – auch sporadisch und ohne formellen Mitgliederstatus – mitmachen, evtl. gar in Sach- und Personalfragen mitentscheiden oder gar für öffentliche Ämter kandidieren könnte, beeinträchtigte dies die innerparteiliche Stellung, die zahlende Mitglieder, die vielen Ehrenamtlichen und die hauptamtlichen Funktionäre derzeit noch haben. Darüber hinaus würden auch die politischen Entscheidungsprozesse verlängert werden, wenn nicht mehr Parteigremien, sondern Bürgerforen oder „Betroffenenversammlungen“ Entscheidungen trafen. Folgerichtig stellten sich auch Fragen nach der Qualität und der Legitimation der Entscheidungen, wenn es eher locker organisierte und/oder offene Laien-Bürgerforen wären, die anstelle der gewählten, auf Sachfragen spezialisierten, disziplinierten und disziplinierungsfähigen Parteigremien gesellschaftlich relevante Entscheidungen herbeiführen würden.

In einer zukunftsfähigen Volkspartei kann es aber nicht darum gehen, an überkommenen Strukturen und Verfahren festzuhalten. Das würde nicht nur motivierte Neumitglieder enttäuschen, sondern hielte auch Aktiv-Bürger, die durchaus an der Bearbeitung politischer Sachfragen interessiert sind, von der – ggf. auch temporären – Mitarbeit in den Volksparteien ab. Volksparteien müssen hier eine **Doppelstrategie** verfolgen: Zum einen müssen sie sich für interessierte Bürgerinnen und Bürger öffnen, um ihnen eine Plattform dafür zu geben, dass auch sie sich in und mit der Partei für ihre (lokalen) Belange einsetzen und auch Einfluss nehmen können auf die politischen Diskussionen und die Profilbildung der Partei. Auf diese „Frischluftzufuhr“ kann eine zukunftsfähige Volkspartei nicht verzichten. Zum anderen müssen die formal eingeschriebenen Mitglieder gepflegt und stärker als bisher am Prozess der innerparteilichen Entscheidungsfindung beteiligt werden (Decker 2012:

15). Den höchsten Mitgliedschaftswert dürften immer noch Mitentscheidungsrechte in Personalfragen (Vorsitz, Spitzen- oder Direktkandidaten) haben, die ebenso wie das Recht, für Parteiämter und Mandate zu kandidieren, als Exklusivrechte von den formal eingeschriebenen Mitgliedern verteidigt werden.

Auf jeden Fall aber müssen beide, Beitragszahler wie sporadische Aktive auch viel stärker in Grundsatzdiskussionen einbezogen, ja dazu regelrecht ermuntert werden. Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger im „vopolitischen Raum“ haben Ideen und wollen diese durchaus einbringen. Das müssen zukunftsfähige Volksparteien stärker berücksichtigen und die Potentiale der Mitglieder nutzen. Mitglieder oder Volkspartei ist eine Partei deshalb nicht vor allem dann, wenn sie viele Mitglieder hat, sondern, wenn sie ihren Mitgliedern zeigt, dass sie gebraucht werden, dass ihre Meinung, ihr Wissen und ihr Engagement auch gefragt sind.

Eine Partei, die **Politik für die Menschen** macht (*benefit all*-Partei), die die Interessen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger wieder verstärkt erfragt und sich eben diesen Interessen und Sorgen verpflichtet sieht, die gemeinsam mit den Bürgern überzeugende gesellschaftliche Leitbilder entwirft und in (lokalen) Zukunfts- und Bürgerforen Lösungen für die sich stellenden Probleme der modernen Gesellschaft erarbeitet, die Teilnahmemöglichkeiten anbietet, die den veränderten Teilnahmewünschen der Bürger entsprechen, die sich zudem für alle Menschen öffnet, die sich unter dem Dach gemeinsamer Werte in der Partei engagieren wollen, und die schließlich für die Bürger einen spürbaren Nutzen erbringt, d. h. sich auch für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger schlichtweg „lohnt“ und die ihre Leistungen auch entsprechend kommuniziert (ggf. auch mit Verweis auf die Bilanzen des politischen Gegners), ist Volkspartei – und zwar weitgehend unabhängig von der Zahl und Struktur ihrer eingeschriebenen Mitglieder. Als Volkspartei im hier skizzierten Sinne gewänne sie auch wieder an **Profil, Glaubwürdigkeit** und **Zustimmung**, die sich in der Zahl ihrer organisierten Anhänger, vor allem aber auch in ihren **Wahlergebnissen** widerspiegeln könnte.

LITERATURVERZEICHNIS

- Alemann, Ulrich von und Thelse Godewerth (2005). „Die Parteiorganisation der SPD. Erfolgreiches Scheitern?“, in: Josef Schmid und Udo Zolleis (Hrsg.): *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 158-171.
- Alemann, Ulrich von und Tim Spier (2009). „Die deutschen Parteien unter veränderten Rahmenbedingungen“, in: *Politische Bildung*, Bd. 42, Heft 1, S. 32-49.
- Beyme, Klaus von (2000). *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bayerisches Landesamt für Statistik (o.J.). „Landtagswahlen in Bayern seit 1946: Stimmberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung in Bayern“, <http://www.wahlen.bayern.de/landtagswahlen/> (letzter Zugriff am 21.11.2011).
- Bösch, Frank (2005). „Oppositionszeiten als Motor der Parteireform? Die CDU nach 1969 und 1998 im Vergleich“, in: Josef Schmid und Udo Zolleis (Hrsg.): *Zwischen Anarchie und Strategie*, s. von Alemann und Godewerth, S. 172-185.
- CDU (2010). *Berliner Erklärung. Unsere Perspektiven 2010-2013. Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands*. Berlin.
- Der Bundeswahlleiter (2009). „Wahlberechtigte, Wähler, Stimmabgabe und Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen seit 1949“. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, abrufbar unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab49_ergebnisse.pdf (letzter Zugriff am 02.05.2011).
- Decker, Frank und Anne-Kathrin Oeltzen (2009). „Mitgliederpartei oder professionelle Wählerpartei: Ein Widerspruch?“, in: Fabian Schalt u. a. (Hrsg.): *Neuanfang statt Niedergang. Die Zukunft der Mitgliederparteien*. Münster: LIT Verlag, S.259-270.
- Decker, Frank (2012). „Populismus und der Gestaltwandel des demokratischen Parteienwettbewerbs“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5-6/2012, S. 10-15.

- *Detterbeck, Klaus (2009). „Mitglieder in professionalisierten Parteien: Wofür brauchen Parteien noch Mitglieder?“, in: Fabian Schall u. a. (Hrsg.), S. 289-303.*
- *Eith, Ulrich (2010). „Volksparteien unter Druck. Koalitionsoptionen, Integrationsfähigkeit und Kommunikationsstrategien nach der Übergangswahl 2009“, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 117-129.*
- *Ernste, Dominik H., Vera Erdmann und Tatjana Kleineberg (2010). Mythen über die Mittelschicht. Wie schlecht steht es wirklich um die gesellschaftliche Mitte? Köln: Roman Herzog Institut.*
- *Frey, Timotheos (2009). Die Christdemokratie in Westeuropa. Der schmale Grat zum Erfolg. Baden-Baden: Nomos Verlag.*
- *Gehne, David und Tim Spier (2010). „Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Festschrift zum 65. Geburtstag von Ulrich von Alemann“, in: dies. (Hrsg.): Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-15.*
- *Glaab, Manuela (2003). „Mehr Partizipation wagen? Der Wandel politischer Beteiligung und seine Konsequenzen für die Parteien“, in: dies. (Hrsg.): Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform. München: Centrum für angewandte Politikforschung, S. 117-140.*
- *Goebel, Jan, Martin Gornig und Hartmut Häußermann (2010). Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. DIW Wochenbericht 24/2010.*
- *Güldenpopp, Ralf und Stefan Hennewig (2010). „Im Netz der Parteien? Politische Kommunikation in Zeiten des Web 2.0“, in: Die Politische Meinung, 55. Jg., Heft 3/2010 (484), S. 44-48.*
- *Grabow, Karsten (2000). Abschied von der Massenpartei. Die Entwicklung der Organisationsmuster von SPD und CDU seit der deutschen Vereinigung. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.*
- *Grabow, Karsten (2010). „Innerparteiliche Demokratie in Deutschland am Beispiel der CDU“, in: Korean Association of Democratic Civic Education (Hrsg.): Parteiendemokratie und Parteieninstitute. Seoul: KADE, S. 3-19.*
- *Grabow, Karsten (2011). „Kleine Schritte, große Wirkung?“, abrufbar unter: <http://www.zukunftvolkspartei.de/?p=128>*
- *Haungs, Peter (1992). „Die CDU: Prototyp einer Volkspartei“, in: Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske & Budrich, S. 172-216.*
- *Haungs, Peter (1994). „Plädoyer für eine erneuerte Mitgliederpartei. Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über die Zukunft der Volksparteien“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 25. Jahrgang, Heft 1/1994, S. 108-115.*
- *Hofmeister, Wilhelm und Karsten Grabow (2011). Political Parties. Functions and Organisation in Democratic Societies. Singapur: Konrad-Adenauer-Stiftung.*
- *Hopp, Gerhard, Martin Sebaldt und Benjamin Zeitler (Hrsg.) (2010). Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften; darin: dies.: „Die CSU als Volkspartei im Wandel: Zur Einführung in den Gegenstand“, S. 11-26.*
- *Jun, Uwe (2009). „Organisationsreformen der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg: Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren“, in: ders., Oskar Niedermayer und Elmar Wiesendahl (Hrsg.): Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 187-210.*
- *Jun, Uwe (2011). „Volksparteien under Pressure: Challenges and Adaptation“, in: German Politics, 20. Jg., Heft 1, S. 200-222.*
- *Junghanns, Claus (2011). „Online-Partizipation ist der Stammtisch von morgen“, abrufbar unter: <http://www.zukunftvolkspartei.de/?p=102>*
- *Kierey, Karl Joachim (1972). „Ist die CDU eine Volkspartei?“, in: Sonde 5, Heft 3/1972, S. 17-18.*

- Kießling, Andreas (2001). „Politische Kultur und Parteien in Deutschland: Sind die Parteien reformierbar?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10/2001; S. 29-37.
- Kirchheimer, Otto (1965). „Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 6. Jg., Heft 1, S. 20-41.
- Kleinert, Hubert (2007). „Abstieg der Parteidemokratie“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 35-36/2007, S. 3-11.
- Lammert, Norbert (2009). „Vorwort“, in: *Schalt, Fabian u. a. (Hrsg.): Neuanfang statt Niedergang. Die Zukunft der Mitgliederparteien*. Münster: LIT Verlag, S. 11-14.
- Laschet, Armin (2009). „Integration durch Partizipation“, in: *Schalt, Fabian u. a.*, S. 369-374.
- Lau, Mariam (2009). *Die letzte Volkspartei. Angela Merkel und die Modernisierung der CDU*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Liedhegener, Antonius (2009). „Krise der Parteien und kein Ende? Zur zivilgesellschaftlichen Verankerung der bundesdeutschen Parteidemokratie“, in: *ders. und Torsten Oppeland (Hrsg.): Parteidemokratie in der Bewährung: Festschrift für Karl Schmitt*. Baden-Baden: Nomos, S.211-230.
- Liedhegener, Antonius (2010). „Linkage' im Wandel. Parteien, Religion und Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland“, in: *ders. und Ines-Jaqueline Werkner (Hrsg.): Religion zwischen Zivilgesellschaft und politischem System. Befunde, Positionen, Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 232-256.
- Lösche, Peter (2009). „Ende der Volksparteien“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 51/2009, S. 6-12.
- Mayer, Tilman (2009). „Von der Mitte her denken. Das bürgerliche Lager und das Potential der Volksparteien“, in: *Volker Kronenberg und Tilman Mayer (Hrsg.): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft?* Freiburg: Herder, S. 12-25.
- Mintzel, Alf (1975). *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mintzel, Alf (1984). *Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neu, Viola (2009). „Sozialstruktur und politische Orientierung der CDU-Mitglieder“, in: *Uwe Jun, Oskar Niedermayer und Elmar Wiesendahl (Hrsg.): Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 159-184.
- Niedermayer, Oskar (2009). *Parteimitglieder in Deutschland: Version 1/2009. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum*, Nr. 15. Berlin: Freie Universität.
- Niedermayer, Oskar (2010). „Die Entwicklung der Parteimitgliedschaften von 1990 bis 2009“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 41. Jg., Heft 2, S. 421-437.
- Oberreuter, Heinrich (2009). „Parteiensystem im Wandel – Haben die Volksparteien Zukunft?“, in: *Volker Kronenberg und Tilman Mayer (Hrsg.): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft?* Freiburg: Herder, S. 43-59.
- Pütz, Helmut (1971). *Die CDU. Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands*. Düsseldorf: Droste Verlag.
- Rheinische Post (15.04.2011). „CDU sinkt unter 500.000 Mitglieder“, abrufbar unter: <http://www.presseportal.de> (zuletzt besucht am 25.05.2011).
- *Schalt, Fabian u. a. (Hrsg.) (2009). Neuanfang statt Niedergang. Die Zukunft der Mitgliederparteien*. Münster: LIT Verlag.
- Scheer, Hermann (1977). „Die nachgeholte Parteibildung und die politische Säkularisierung der CDU“, in: *Wolf-Dieter Narr (Hrsg.): Auf dem Weg zum Einparteienstaat*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 149-172.
- Schmid, Josef (1990). *Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus*. Opladen: Leske & Budrich.
- Schmid, Josef (1994). „Haben die Volksparteien noch eine Chance? Die CDU zwischen Modernität und Alterität“, in: *Politische Bildung*, 27. Jg., Heft 3, S. 32-48.
- Schmid, Josef und Udo Zolleis (2009). „Entwicklung ausgewählter Parteien: Dramatische Krisen oder geplanter Wandel?“, in: *Uwe Andersen (Hrsg.): Parteien in Deutschland. Krise oder Wandel?* Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 62-85.

- Schmollinger Horst W. und Richard Stöss (1980). „Sozialstruktur und Parteiensystem“, in: Dietrich Staritz (Hrsg.): *Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte, Entstehung, Entwicklung. Eine Einführung.* Opladen: Leske und Budrich, S. 231-254.
- Schönbohm, Wulf (1985). *Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980.* Stuttgart: Klett-Cotta.
- Schröder, Wolfgang und Arijana Neumann (2010). „Zwischen Mitglieder- und professionalisierter Wählerpartei – Organisationsreformen von SPD und CDU auf Landesebene“, in: Uwe Jun und Benjamin Höhne (Hrsg.): *Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse.* Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 207-228.
- Sebaldt, Martin (2010). „Erfolgreiche Volkspartei – Volkspartei mit Zukunft? Entwicklungslinien, Leistungen und aktuelle Herausforderungen der CSU“, in: Gerhard Hopp, Martin Sebaldt und Benjamin Zeitler (Hrsg.). *Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 559-580.
- Seils, Christoph (2010). *Parteiendämmerung oder: Was kommt nach den Volksparteien?* Berlin: wjs-Verlag.
- Statistisches Bundesamt (2009). „12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“, abrufbar unter: <http://www.destatis.de/bevoelkerungspyramide>, (zuletzt besucht am 06.06.2011).
- Veen, Hans-Joachim (1999). „Volksparteien: Die fortschrittlichste Organisationsform politischer Willensbildung“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 30. Jg., Heft 2, S. 377-381.
- Veen, Hans-Joachim (2011). „Politik statt Wertediskussion“, abrufbar unter: <http://www.zukunft-volkspartei.de/?p=93>
- Walter, Franz (2009). *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration.* Bielefeld: transcript Verlag für Kommunikation, Kultur und soziale Praxis.
- Walter, Franz, Christian Werwath und Oliver D’Antonio (2011). *Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit.* Baden-Baden: Nomos-Verlag.
- Wiesendahl, Elmar (1992). „Volksparteien im Abstieg: Nachruf auf eine zwiespältige Erfolgsgeschichte“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 34-35, S. 3-14.
- Wiesendahl, Elmar (2006). *Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wiesendahl, Elmar (2003). „Parteiendemokratie in der Krise. Das Ende der Mitgliederpartei?“, in: Manuela Glaab (Hrsg.): *Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform.* (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, Band 15) München: Centrum für angewandte Politikforschung, S. 21-38.
- Wiesendahl, Elmar, Uwe Jun und Oskar Niedermayer (2009): „Die Zukunft der Mitgliederparteien auf dem Prüfstand“, in: dies. (Hrsg.): *Zukunft der Mitgliederpartei.* Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 9-30; darin auch:
- Wiesendahl, Elmar (2009a). „Die Mitgliederparteien zwischen Unmodernität und wieder entdecktem Nutzen“, S. 31-51.
- Wiesendahl, Elmar (2009b). „Zwischen Wende und Ende – zur Zukunft der Mitgliederpartei“, in: Fabian Schalt u. a. (Hrsg.): *Neuanfang statt Niedergang. Die Zukunft der Mitgliederparteien.* Münster: LIT Verlag, S. 233-258.
- Wiesendahl, Elmar (2011). „Ist das Strategie? Strategische Richtungssuche von CDU und SPD zwischen den Wahlen“, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 24. Jg., Heft 3, S. 119-129.2.

Teil II

VOLKS- UND GROSSPARTEIEN IN EUROPA IM ÜBERBLICK

Auch wenn der Fokus der Arbeitsgruppe „Zukunft der Volksparteien“ primär auf Deutschland und die deutschen Volksparteien gerichtet ist, sind Erfahrungen, die in den Nachbarländern und den dortigen Parteien hinsichtlich der Entwicklung der Parteiorganisationen, der Beziehung zu (Stamm)Wählern, der Strategien zur Wähleransprache im Allgemeinen, ggf. auch zur (Wieder)Gewinnung von Stammwählern, der Gewinnung von und Einbeziehung der Mitglieder zum einen, aber auch zu programmatischen und inhaltlichen Fragen zum anderen unter der Fragestellung, ob und wenn ja was davon evtl. auch in die Diskussion um die Zukunft der Volksparteien in Deutschland eingebracht werden kann, von Bedeutung. Begriff, Konzept und Erscheinungsformen von „Volksparteien“ sind zwar ein überwiegend deutsches bzw. im deutschen Sprachraum verbreitetes Parteienkonzept. Dennoch gibt es auch in unseren Nachbarländern (historisch, ideologisch, organisatorisch mehr oder weniger klar strukturiert) zumindest zwei parteipolitische Blöcke, die links und rechts der politischen Mitte angesiedelt und dem deutschen Verständnis von Volksparteien zumindest in Teilen nahe kommen.

Anhand eines kurzen Leitfadens haben wir im Sommer 2011 Experten aus acht Ländern gebeten, die gegenwärtigen Strukturen, innerparteiliche Prozessen, Wandel der Parteiorganisationen, Schwerpunktsetzung und ggf. auch den Wandel der politischen Inhalte, Themen und Programmatik sowie schließlich Perspektiven der Groß- oder Volksparteien links und rechts der Mitte darzustellen.

Um die wichtigsten Ergebnisse dieser Expertenbefragung für die politische Arbeit in Deutschland besser nutzbar zu machen, haben wir sie – geordnet nach den abgefragten Gesichtspunkten – kompakt zusammengefasst. Die Originalberichte wurden zu den Unterlagen der Arbeitsgruppe „Zukunft der Volksparteien“ genommen. Bei Interesse senden wir Ihnen gern eine Kopie eines Originalberichts oder auch von mehreren Berichten zu. Wenden Sie sich diesbezüglich bitte an Sabine.Stoye@kas.de oder an Karsten.Grabow@kas.de.

1. BEGRIFF UND KONZEPT „VOLKSPARTEI“

▪ Frankreich (UMP/PS)

Konzept eher unbekannt, wird selten benutzt; wenn, dann eher im bürgerlichen Lager, taucht dort auch im Parteinamen auf (*Union pour un mouvement populaire*, UMP).

▪ Großbritannien (CONS/LAB)

Der Begriff spielt keine Rolle, weder im Selbstverständnis, noch im öffentlichen Sprachgebrauch. Britische Parteien verstehen sich eher als sogenannte „*catch all*“-Parteien, haben aber nicht den organisatorischen Unterbau.

▪ Niederlande (CDA/PvdA)

Zwei traditionelle Groß-, teilweise auch Volksparteien: CDA (*Christen Democratisch Appel*), PvdA (*Partij van de Arbeid*).

▪ Österreich (ÖVP/SPÖ)

Volksparteikonzept dem deutschen sehr ähnlich, sowohl im Selbstverständnis als auch in Politik- und Programmbreite, der Organisation und im Sprachgebrauch (bes. bei ÖVP).

▪ Polen (PO/PiS)

Begriff unbekannt, aber in der Praxis zeigen sich ähnliche Muster zu den deutschen Volksparteien, z. B. sozial breite Unterstützung, v. a. bei der Bürgerplattform (PO).

▪ Schweden (M/SAP)

Begriff unbekannt bzw. unüblich. Stattdessen spielt der Begriff „Volksbewegung“ eine größere Rolle.

▪ Spanien (PP/PSOE)

Obwohl es in Spanien zwei große (Traditions-)Parteien links und rechts der Mitte gibt und auch eine davon „Volkspartei“ heißt (*Partido Popular*, PP), sind Begriff und Konzept in Medien und politikwissenschaftlicher Fachsprache eher unüblich. Von der Mitgliederzahl her und auch vom Sozialprofil der Mitglieder kommt der PP dem deutschsprachigen Konzept der Volkspartei jedoch nahe.

▪ Tschechien (ODS/ČSSD)

Der Begriff Volkspartei erscheint weder in der politischen noch in der politikwissenschaftlichen Debatte; dementsprechend existiert auch keine Definition.

2. ENTWICKLUNGEN DER LETZTEN ZWANZIG JAHRE

2.1. Wahlergebnisse

▪ Frankreich (UMP/PS)

Exekutivdominanz der UMP/RPR; bei Parlamentswahlen: UMP positiver Trend; PS fallend.

▪ Großbritannien (CONS/LAB)

CONS: Trend fallend, aber seit 2005 stetige Erholung, seit 2010 Mehrheitspartei;

LAB: Trend leicht fallend, real seit 1995 starke Verluste.

▪ Niederlande (CDA/PvdA)

Klarer Abwärtstrend für beide, CDA und PvdA; für den CDA ist zuletzt (2010) ein regelrechter Absturz auf nur noch 13,7% festzustellen.

▪ Österreich (ÖVP/SPÖ)

Linearer Trend für ÖVP durch sehr gutes Ergebnis 2002 (42,3%) ansteigend, real aber seitdem jedoch teils herbe Verluste; SPÖ: Trend rückläufig; beiden Volksparteien kommen die Kernwähler abhanden.

■ **Polen (PO/PiS)**

Die Bürgerplattform (PO) und die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) nahmen 2001 erstmals an Parlamentswahlen teil. Seitdem haben sie ihre Wahlergebnisse von knapp 13% (PO) bzw. 9,5% (PiS) kontinuierlich steigern können. Die PO wurde 2011 mit 39,2% als Regierungspartei bestätigt.

■ **Schweden (M/SAP)**

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) war über Jahrzehnte die dominierende Partei Schwedens. Seit Mitte der 1990er Jahre erlebte sie – mit Ausnahme des Jahres 2002 – einen kontinuierlichen Rückgang. Demgegenüber hat sich die Moderate Sammlungspartei (M) im selben Zeitraum kontinuierlich steigern können und steht seit 2006 an der Spitze der schwedischen Regierung. Bei den Reichstagswahlen 2010 schloss sie hinsichtlich der Wahlergebnisse zur SAP auf (30,1% zu 30,7%) und konnte mit Fredrik Reinfeldt an der Spitze weiter regieren.

■ **Spanien (PP/PSOE)**

Während der Trend der PSOE nach guten Jahren zwischen 2000 und 2010 nach unten zeigt und die Partei 2011 ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt einfuhr, zeigt der 20-Jahres-Trend des PP nach oben. 2011 erreichte sie mit 44,6% ihr bestes Ergebnis und stellt nun mit Mariano Rajoy den Ministerpräsidenten.

■ **Tschechien (ODS/ČSSD)**

Ein Trend über die letzten zwanzig Jahre lässt sich für die tschechischen Sozialdemokratien (ČSSD) und die Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) schwerlich darstellen, da beide erst knapp 20 Jahre existieren. Ihre Wahlergebnisse gleichen eher einer Berg- und Talfahrt. Während sich die ČSSD von 6,5% (1992) auf über 30% (1998) steigern konnte und dieses Ergebnis mehrere Wahlen in Folge halten konnte, „startete“ die ODS 1992 gleich mit annähernd 30% und hielt dieses Ergebnis – mit einem „Hänger“ 2002 – bis 2006. Zuletzt (2010) sind beide Parteien jedoch deutlich abgestürzt: die ODS von 35,4 auf 20,2%; die ČSSD von 32,2 auf 22,1%. Im bürgerlichen Lager erreichte die erst 2009 gegründete Partei TOP09 auf Anhieb knapp 17% und ist seitdem Koalitionspartner der von der ODS geführten Regierung.

2.2 Stammwählermilieus

■ **Frankreich (UMP/PS)**

Allgemein erodierend, besonders bei PS.

■ **Großbritannien (CONS/LAB)**

Erodierend; Unterschiede Stadt/Land.

■ **Niederlande (CDA/PvdA)**

Erodierend, CDA in Großstädten weniger stark verankert als auf dem Land, PvdA umgekehrt.

■ **Österreich (ÖVP/SPÖ)**

Auflösungen von Parteibindungen; die Anzahl von parteiunabhängigen WechselwählerInnen wächst stark. Es vollzieht sich ein Wandel der Volksparteien SPÖ und ÖVP von Mitglieder- zu WählerInnenparteien mit geringer werdendem Zuspruch. Das Parteiensystem wurde insgesamt beweglicher und wettbewerbsorientierter. Erreichten SPÖ und ÖVP bis in die 1980er Jahre noch mehr als 90% aller Stimmen bei den Nationalratswahlen, so betrug dieser Wert 2008 weniger als 60%. Noch schärfer wird das Bild, vergleicht man die gemeinsamen Anteile von SPÖ und ÖVP an den Wahlberechtigten: 1986 konnten die beiden Traditionsparteien noch gemeinsam 75% der österreichischen Wahlberechtigten mobilisieren, 2006 sank dieser Anteil auf nur mehr knapp 54%.

■ **Polen (PO/PiS)**

Stammwählermilieus haben sich für die heute relevanten Parteien so nicht entwickelt. Derzeit gilt: PO hat Hochburgen in Groß- und Universitätsstädten; PiS eher im östlichen Landesteil und dort v. a. auf dem Lande. In aggregierter Perspektive erfährt PiS vor allem bei Menschen mit formal geringerer Bildung, bei Bauern, Handwerkern und streng gläubigen Katholiken mehr Unterstützung.

■ Schweden (M/SAP)

Die SAP zählte lange als Partei der Arbeiterklasse. 2010 erfuhr sie jedoch ihr schlechtestes Wahlergebnis; struktureller Zuspruch für die Traditionspartei wird schwächer. Die Moderate Sammlungspartei konnte demgegenüber neue Wählerschichten für sich gewinnen.

■ Spanien (PP/PSOE)

Noch immer vorhanden; traditionell ist der PSOE mit dem Gewerkschaftsverband UGT verbunden; der PP hat vor allem durch einen aktiven Jugendverband junge WählerInnen an sich binden können.

■ Tschechien (ODS/ČSSD)

Stammwählermilieus haben sich für die Parteien im bürgerlichen Lager kaum entwickelt. Seit Mitte der 1990er nimmt die ideologische Bindung der Wähler an eine bestimmte Partei immer weiter ab. Im Jahr 1996 erklärten laut Umfragen noch über 70% der Wähler eine starke Bindung an eine Partei, zehn Jahre später waren es nur noch 50%. Gleichzeitig ist die Anzahl der Wähler gestiegen, die eine lediglich schwache Bindung an eine Partei angeben: Waren es im Jahr 1996 nur 30% der Wähler, stieg dieser Wert innerhalb von zehn Jahren um 20% an.

2.3 Mitgliedschaft

■ Frankreich (UMP/PS)

2007 starker Anstieg an Mitgliedern bei der UMP, der als Zuspruch zur Persönlichkeit von Nicolas Sarkozy gewertet wurde. Sonst eher ein Abfall der Mitgliederzahlen.

■ Großbritannien (CONS/LAB)

Stetiger Abfall der (individuellen) Mitgliederzahlen beider Parteien seit den 1980ern, v. a. bei LAB; nach Zwischenhoch unter Tony Blair regelrechte Austrittswellen.

■ Niederlande (CDA/PvdA)

Kontinuierliche Verluste; CDA: 1979 noch 150.000 Mitglieder, 2011 nur noch 66.500; PvdA 1978: 121.000 Mitglieder, gegenwärtig ca. 54.000.

■ Österreich (ÖVP/SPÖ)

Die ÖVP hat derzeit ca. 600.000 Mitglieder, die SPÖ 240.000. Obwohl die Mitgliederzahlen immer weiter abfallen, hat Österreich den größten Anteil an Parteienmitgliedern in Europa. Innerhalb der letzten 30 Jahre hat sich der Prozentanteil eingetragener jedoch Parteimitglieder von 28 auf 15% halbiert. Die Mitglieder werden zunehmend älter, weil die Attraktivität des Parteiengagements verloren gegangen ist. Seit 2000 leichter Rückgang des Negativtrends, sog. „Re-Stabilisierung“.

■ Polen (PO/PiS)

Die beiden nach Mitgliedern größten Parteien – die PZPR und die PLS – mussten in den letzten Jahren einen starken Mitgliederschwund verzeichnen. Die Mitgliederzahlen der post-Solidarnosc-Gruppierungen steigen an: Sowohl die „Bürgerplattform“ (PO) als auch die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) gewinnen immer mehr Mitglieder, der PO gehörten im Jahre 2008 ca. 30.000 Menschen an, zwei Jahre später bereits über 45.000. PiS hatte im 2006 ca. 12.500 Mitglieder, 2010 dann 22.000.

■ Schweden (M/SAP)

Bis in die 1980er Jahre gab es eine starke Verbindung zwischen dem Gewerkschaftsbund LO und der SAP. Diese machte sich besonders bei den Mitgliederzahlen bemerkbar: In Form eines Kollektiveintritts konnten Gewerkschaftsmitglieder direkt in die Partei eintreten. Seit Beginn der 1980er Jahre ist die Zahl der Mitglieder stetig gesunken. Die SAP verliert Wähler und Mitglieder an die Moderate Sammlungspartei.

■ Spanien (PP/PSOE)

Bei PSOE fallend (auf derzeit etwa 220.000 Mitglieder). Bei PP steigend auf gut 800.000.

■ Tschechien (ODS/ČSSD)

In Tschechien ist allgemein ein geringer Anteil an Parteimitgliedern zu verzeichnen. Die zwei stärksten Parteien versuchen, eher im Stil von *catch all*-Parteien, Stimmen zu sammeln und konzentrieren sich nicht allzu sehr auf Mitgliederzahlen, jedoch sind Schwankungen in den Mitgliederzahlen zu verzeichnen, die sich als Reaktionen auf die Entwicklungen der jeweiligen Parteien zurückführen lassen.

3. URSACHEN

■ Frankreich (UMP/PS)

Nachlassen der Parteibindungen, die der Linken mehr geschadet hat als der bürgerlichen Rechten. Begrenzte Zustimmung der Wählerschaft zu den Vorschlägen der Partei. Depressive Stimmung bei den Linkswählern und generelle Politikverdrossenheit. Zahlreiche Personen hatten sich der UMP angeschlossen, weil sie sich von der Willenskraft Sarkozys, seinem ständigen Bemühen, Bewegung in die Dinge zu bringen, und seinem Slogan „Gemeinsam ist alles möglich“ angezogen fühlten. Seitdem stellt man jedoch einen Rückgang der Anhängerzahl fest. Es ist nun oft von den vom „Sarkozismus der Enttäuschten“ die Rede, da die erreichten Resultate nicht den von ihm geweckten Hoffnungen entsprechen.

■ Großbritannien (CONS/LAB)

Allgemeine Politikverdrossenheit, die sich im Zuge des Irak-Konfliktes und des Spesen-Skandals einiger Abgeordneter noch verschärft hat. Die *Labour Party* erlebte schon in den 1970er Jahren ein Tief, das erst durch Tony Blair wieder eingeholt schien. Die *Conservatives* durchlebten eine ähnliche Phase in den 1990er Jahren. Beiden Parteien wurden Stagnation und Mängel an Verbundenheit zum Land vorgeworfen. Zusätzlich wurden die *Conservatives* als rückwärtsgewandt kritisiert. Aber selbst ein Imagewechsel konnte die Parteien nicht vor enttäuschenden Wahlergebnissen 2010 retten.

■ Niederlande (CDA/PvdA)

Wandel gesellschaftlicher Strukturen; Emporkommen neuer Parteien (Entstehung neuer Konfliktlinien), fundamentale „Entsäulung“ und „Entkirchlichung“ der Gesellschaft; Unvermögen, Antworten auf Erfolge linker/rechter populistischer Parteien zu finden, die ihnen Wählerstimmen wegnehmen; Angst vor Statusverlust bei Arbeiter- und unterer Mittelschicht; Anwachsen der Gruppe der Wechselwähler; in den Volksparteien sind keine mitreißenden, medienwirksamen Persönlichkeiten an der Spitze; PvdA: Entfremdung von Stammwählerschaft; CDA: Verluste durch Entkirchlichung.

■ Österreich (ÖVP/SPÖ)

Der Wählerrückgang ist v. a. strukturell bedingt, sozioökonomische und gesellschaftliche Veränderungen sind hier ausschlaggebend. SPÖ und ÖVP haben – wie politische Parteien generell – zudem ein Imageproblem, was eine Mitarbeit oder Mitgliedschaft nicht attraktiv macht. Eine Studie unter JungwählerInnen (16 bis 18 Jahre) nach der Nationalratswahl 2008 hat gezeigt, dass nur 4% der Befragten Parteien sehr stark vertrauen; nur 12% können sich grundsätzlich vorstellen, in einer politischen Partei mitzuarbeiten. Die ursprünglichen Vorteile, die man durch eine Mitgliedschaft in einer Partei hatte (z. B. erleichterte Arbeits- und Wohnungssuche), sind nicht mehr gewährleistet. Als eines der Schwerpunktthemen ist Religion festzuhalten, gerade in den ländlichen Bereichen spielte sie eine große Rolle. Das hat mit zunehmendem gesellschaftlichem Wandel an Mobilisierungskraft verloren. Innerparteiliche Konflikte (häufig auch unter Regierungspartnern) werden immer wieder für das Misstrauen der Wähler verantwortlich gemacht.

■ Polen (PO/PiS)

PiS und PO polarisieren besonders aufgrund der nationalistischen Propaganda der PiS einerseits und der pro-europäischen Ausrichtung der PO andererseits, die zudem als Regierungspartei einen guten/überzeugenden Eindruck hinterließ und 2011 im Amt bestätigt wurde.

■ Schweden (M/SAP)

Der gegenwärtige Zustand der SAP lässt sich sowohl auf strukturelle als auch auf persönliche Faktoren zurückführen. Durch den in Teilen als „neoliberal“ empfundenen Kurs der Regierungen Persson (1996-2006) fühlten sich zahlreiche Traditionswähler verraten. Mitglieder beklagen sich, dass sie innerhalb der Partei weniger bewirkt haben, und treten deshalb aus der Partei aus. Zusätzlich gibt es auch innerparteiliche Kritik von der Seite der Traditionalisten, vergleichbar mit den Spannungen in der SPD mit/nach der „Agenda 2010“.

- **Spanien (PP/PSOE)**

- // -

- **Tschechien (ODS/ČSSD)**

Interne Skandale (z. B. bei der Finanzierung für einzelne Projekte, bei denen man nicht sicher ist, wo das Geld hergekommen ist). Außerdem fehlt eine gewachsene Bindung zwischen Bürgern und Parteien. Zudem gelten die Parteiprogramme häufig als facettenlos. Die Unzufriedenheit der Bürger mit älteren Parteien führt zu dem Trend, neue und unbelastete Parteien zu wählen (Bsp. TOP09).

4. IST VON KRISE, NIEDERGANG ODER ENDE DER VOLKS- ODER GROSSPARTEIEN DIE REDE?

- **Frankreich (UMP/PS)**

Derzeit scheint eher die PS in einer Krise zu stecken, was die Mitgliederentwicklung betrifft. Seit 1994 gibt es aber auch einen stetigen Rückgang der rechten/bürgerlichen Parteien.

- **Großbritannien (CONS/LAB)**

Abgesehen von langfristig wirkenden, strukturellen Faktoren kann man von einer Krise sprechen. Nicht zuletzt durch den Spesenskandal einiger Abgeordneter und im Zuge der politischen Entscheidungen im Irak-Konflikt hat sich eine ausgeprägte Politikverdrossenheit entwickelt, die auch auf die beiden Großparteien zurückwirkt.

- **Niederlande (CDA/PvdA)**

Zweifellos ja: Es ist von Krise, einer Phase des Umbruchs und einem kontinuierlichen Bedeutungsverlust der (ehemaligen) Großparteien die Rede.

- **Österreich (ÖVP/SPÖ)**

Ja. Es ist auch eine Art Protesthaltung gegenüber den Großparteien festzustellen. Festzuhalten ist auch die hohe Stimmenzuwanderung für die FPÖ.

- **Polen (PO/PiS)**

Nicht durchweg, aber die häufig negativen Mobilisierungen wecken ein starkes Bedrohungsgefühl bei den Wählern. Eine Partei wird hauptsächlich gewählt, weil der Wähler im Wahlkampf das Gefühl vermittelt bekommt, das die gegnerische Partei dem Land schaden würde (hauptsächlich zwischen PiS und PO).

- **Schweden (M/SAP)**

Grundsätzlich nicht, wohl aber für die SAP (vgl. 3.).

- **Spanien (PP/PSOE)**

Nein, beide Parteien alternierten auf relativ hohem Niveau zwischen Regierung und Opposition und erfüllten dabei ihre jeweiligen Aufgaben. Das Abrutschen des PSOE ist vor allem der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Spaniens (Schuldenkrise, Stagnation, hohe Arbeitslosigkeit) und den damit verbundenen Sorgen in der Bevölkerung zuzuschreiben. Als langjährige Regierungspartei wurde der PSOE und v. a. der amtsmüde Ministerpräsident Zapatero für die Lage verantwortlich gemacht.

- **Tschechien (ODS/ČSSD)**

Durchaus: Korruptionsverdachtsfälle und geheime Abhöraktionen schwächen die Parteien in ihrer Gesamtheit. Man spricht auch von Vertrauenskrise in die älteren Parteien.

5. REAKTIONEN DER PARTEIEN AUF KRISENSYMPTOME, VERTRAUENS- ODER BEDEUTUNGSVERLUST

■ Frankreich (UMP/PS)

Mitgliederwerbekampagnen, z. B. bei der UMP die „*Caravane des Jeunes Populaires*“ im Sommer 2006 an den Badestränden und Ferienaufenthaltsorten; bei der PS in Stadtzentren, Arbeitervierteln und an Universitäten (Parteifestivals). Dazu kommen Rekrutierungskampagnen via Internet, besonders beim Herannahen der Präsidentschaftswahl (2007 und wieder 2012) und auch die Strategie der „*life politics*“. Hier geht es u. a. darum, Emotionen anzusprechen und Empathie gegenüber den Bürgern an den Tag zu legen. Es gibt zwar traditionell „rechte“ und „linke“ Themen, aber man stellt mehr und mehr eine Art „Triangulierung“ fest, die nicht bloß spalten, sondern auch vereinigen möchte. Im Gegensatz zu dem, was manche Personen verlauten lassen, stellt man einen deutlichen Rückgang der liberalen Auffassungen fest, sowohl was die Beziehung des Staates zu den Unternehmen angeht als auch in Fragen der Privatisierung.

■ Großbritannien (CONS/LAB)

Versuche (besonders vor den Wahlen), neue Mitglieder zu aktivieren. Das Auswahlverfahren für amtierende Kandidaten wurde verfeinert, indem jedes Parteimitglied und auch Nicht-Mitglieder ihre Vorauswahl präsentieren können. Außerdem wurde dafür gesorgt, dass ein besseres Mischverhältnis in den Parteien vorhanden ist, so dass jede Minderheit vertreten wird. Zudem: Professionalisierung, Medienorientierung, „*air war*“, aber auch Rekalibrierung der Programmatik (*Labour*) und Öffnung der Partei (CONS), weiter s. 6. und 7.

■ Niederlande (CDA/PvdA)

Stärkung parteiinterner Partizipation, Verstärkung des Versuchs der Einbeziehung der Basis; inhaltliche Neuausrichtung, CDA gab sich 2002 neues Programm; 2010 umfassender Personalwechsel, 2011 dann Stärkung des sozial-christlichen Profils; Mobilisierung alter und Gewinnung neuer Wählerschichten.

■ Österreich (ÖVP/SPÖ)

Öffnungen von innerparteilichen Prozessen z. B. bei KandidatInnenauswahl, um auch für Nichtmitglieder attraktiver zu werden (Ergebnisse waren bisher aber nicht sehr erfolgreich). Parteiinterne Vorwahlen wurden von der SPÖ ausprobiert, aber dann auch relativ schnell wieder verworfen; Problem: starke Abhängigkeit von der Unterstützung durch Vorfeld- und Unterorganisationen.

■ Polen (PO/PiS)

- // -

■ Schweden (M/SAP)

Die Moderaten haben gezeigt, dass der Weg in die Mitte und auch zu Bürgern mit mittlerem Einkommen möglich ist. Als Problem wird wahrgenommen, dass viele neue Mitglieder nur eine relativ kurze Zeit in der Partei bleiben. Um der ungleichmäßigen Altersstruktur entgegenzuwirken, beschloss der Parteikongress im Jahre 2010, dass 25% der aussichtsreichsten Listenplätze an Personen unter 35 Jahren gehen sollen.

■ Spanien (PP/PSOE)

Im Falle Spaniens, v. a. beim PP, ist weniger von „Reaktion“ (auf eine Krise) zu sprechen als von Strategien zur (Rück-)Eroberung von Mehrheiten. Basierend auf gut ausgebauten Parteistrukturen und Vorfeldorganisationen hat der PP v. a. seine schon unter Ministerpräsident Aznar gut entwickelten Kommunikationsinstrumente „professionalisiert“. Zudem wurden verstärkt Bürgerinnen und Bürger zum mitmachen eingeladen. Bereits der Parteitag von 2004 eröffnete „Unterstützern“ die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme im PP, ohne formale Mitgliedschaft. Der PP versuchte mit Erfolg, Einwanderer anzusprechen. Im Wahlkampf volle Konzentration auf (unzufriedene) Wechselwähler u. a. durch moderate, ausgewogene, auf die Mitte zielende Programmatik; Wechselwähler konnten identifiziert werden, da der PP die empirische Forschung stark ausgebaut hat, u. a. auch durch parteinahe Think Tanks. Der PSOE hingegen steht nach sieben Jahren in der Regierung vor einem Neubeginn, s. dazu Punkt 9.

■ Tschechien (ODS/ČSSD)

Parteien versuchen, sich der Wählerschaft anzupassen und neue, gewinnbringende Strategien zu entwickeln. Dies geschieht mit einem starken Eingehen auf die öffentliche Meinung; grenzt fast an Populismus. Dazu: Veränderungen in Wahlprogrammen und in Wahlkampagnen. Es geht sogar so weit, dass Parteien ausländische Firmen engagieren, um eine Imageverbesserung erzielen zu können.

6. SCHWERPUNKTTHEMEN

■ Frankreich (UMP/PS)

Da sich die Präsidentschaftswahlen von 2012 nähern, sieht man wieder eine Reihe von „stimmenheischen“ Themen aufkommen: Sicherheit, Immigration, Kaufkraft, Renten. Insgesamt ändern sich die Positionen wenig. Die japanische Nuklearkatastrophe hat die Frage der Kernenergie wieder in den Mittelpunkt der Debatten gebracht. Während die UMP die Kernenergie nicht in Frage stellt, ist in der PS eine Diskussion im Gange.

■ Großbritannien (CONS/LAB)

Eine der ersten Reformen von David Cameron als Parteivorsitzendem war die Einführung der so genannten Präferenzliste von Kandidaten, die vom Zentralen Parteibüro gebilligt worden waren. Das ausdrückliche Ziel einer solchen Liste war es, das Spektrum für Parlamentskandidaten zu erweitern, was die örtlichen Wahlkreise unter erheblichen Druck setzte, Kandidaten von dieser Liste aufzunehmen. Dies führte zu einigen Spannungen in den lokalen Parteiorganisationen, die streng auf ihre Entscheidungsautonomie bei der Auswahl der Kandidaten achten. Außerdem gingen beide großen Parteien entschieden gegen die Abgeordneten vor, die in den Spesen-Skandal verwickelt waren. Bei der Wahl 2010 führte dies zu einer sehr viel höheren Fluktuation von Abgeordneten als normalerweise (149 Abgeordnete traten zurück); außerdem versuchten beide Parteien in öffentlichen Stellungnahmen, „Irak hinter uns zu lassen“ und somit desillusionierte Wähler zurückzugewinnen.

Die *Labour Party* näherte sich unter Tony Blair dezidiert der politischen Mitte an (vor Kurzem hat er im Übrigen die Niederlage im Jahr 2010 auf die Tatsache zurückgeführt, dass es unter Führung von Gordon Brown einen Richtungswechsel gegeben habe, der sich wieder von der politischen Mitte entfernte). Ed Miliband gewann den Parteivorsitz 2010 vor seinem Bruder David, er erhielt deutlich mehr Zustimmung bei den Mitgliedern der assoziierten Gewerkschaften (David lag bei den Parteimitgliedern und Abgeordneten vorn). In seiner Kampagne um den Parteivorsitz positionierte er sich klar links von seinem Bruder und kritisierte besonders die unter dem vorherigen Vorsitz manifestierte Unterstützung für den Irakkrieg sowie erkennbare „autoritäre“ Tendenzen. Seit er den Vorsitz übernommen hat, bemüht er sich jedoch, nicht dem Markenzeichen „Red Ed“ zu entsprechen: So lehnte er beispielsweise öffentliche Streiks ab, die von einigen nicht assoziierten Gewerkschaften auf Grund der Rentenproblematik ausgerufen worden waren. Ed Miliband hat auch eine befürwortende Haltung im Hinblick auf das Verhältniswahlssystem eingenommen, obwohl dieses Thema nach dem erfolglosen Referendum im Mai 2011 als nicht mehr aktuell empfunden wird.

Auch die *Conservative Party* hat sich einer programmatischen Modernisierung unterzogen und mit David Cameron ein neues Markenzeichen bekommen, wobei es ein explizites Ziel ist, enttäuschte Labourwähler zu erreichen. So steht auch das Ersetzen der traditionellen konservativen „Fackel“ durch ein neues Logo mit einem Baum im Jahr 2006/07 im Zeichen der Erneuerung und davon, dass Cameron großen Wert auf Bürgerbeteiligung legt (unter der Federführung von „Big Society“). Er betonte zudem die sozialliberalen Errungenschaften der Partei (beispielsweise die Unterstützung der Rechte von Schwulen und Lesben) und versprach, die „grünste Regierung aller Zeiten“ zu bilden. Überdies nahm er die Ausgaben für Entwicklungshilfe von den Sparmaßnahmen in der Ausgabenbilanz von 2010 aus.

■ Niederlande (CDA/PvdA)

CDA: Soziale Marktwirtschaft, Stärkung des sozial-christlichen Profils, härtere Linie bei Justiz- und Innenthemen, kein Abrücken von Nuklearpolitik, Pro-Europa. PvdA: Multikulturalismus, Integration.

■ Österreich (ÖVP/SPÖ)

„Gerechtigkeit“ auf Seiten der SPÖ und der Leistung auf Seiten der ÖVP. Der Leistungsbegriff der ÖVP beinhaltet auch die Vorstellung bzw. den Anspruch einer so genannten Leistungsgerechtigkeit, d. h. dass es für besondere Arbeitsleistungen auch entsprechende Entlohnungen gibt. Bei der SPÖ hingegen steht vor allem der Ausgleich zwischen arm und reich, oder, verkürzt formuliert, eine gesamtgesellschaftlich gerechte Allokation von Vermögen zumindest argumentativ im Mittelpunkt. Zusätzlich spielen Entscheidungen über Kernenergie, Terrorismus, Wirtschaftskrise, Überwachungs- und Sicherheitsfragen, Migration und Integration maßgebliche Rollen. Beide Parteien, SPÖ und ÖVP, vertrauen auf bereits ältere Grundsatzprogramme: Das der SPÖ stammt aus dem Oktober 1998, jenes der ÖVP aus dem April 1995. Anpassungen und Aktualisierungen der eigenen Positionierung haben seither bei beiden Parteien eher durch ihre Handlungen und Kommunikationsschwerpunkte stattgefunden, weniger durch ein tatsächliches Umschreiben der Programme. Als eine Art Metathema lässt sich bei SPÖ und ÖVP erkennen, dass sie über eine restriktive und abwehrende Haltung in Sachen Migration darauf abzielen, potentielle WechselwählerInnen von der FPÖ abzuhalten und an sich zu binden. Dies ist allerdings ebenfalls keine neue Strategie, sondern lässt sich bereits in den 1990er Jahren finden. Ihr Erfolg war und ist – gemessen an den Stimmgewinnen der FPÖ – nur begrenzt, wobei sich deren Zuwächse nicht ausschließlich über Zuwanderungsfragen erklären lässt, sondern auch über ProtestwählerInnen.

■ Polen (PO/PiS)

Die PO setzt auf die eigene Programmatik (liberal, weltoffen, europafreundlich, sozial, auf Ausgleich und Bürgerbeteiligung bedacht, pragmatisch, kompromissbereit und -fähig), auf eigene Erfolge (Polen ist mit der PO gestärkt aus der Krise 2008/09 hervorgegangen, ist anerkannter internationaler Akteur und verlässlicher EU-Partner, EU-Ratspräsidentschaft) und darauf, dass sie den Zuspruch der eher liberal eingestellten bürgerlichen Mittelschichten halten oder gar ausbauen kann.

PiS hatte versucht, mit einem gleichermaßen nationalistisch-klerikalen, antielitären, deutsch-, europa-, russlandfeindlichen und auch antisemitischen Kurs die „Vierte Republik“ zu errichten, in der Polens Bedeutung für die Welt hinreichend positiv dargestellt werden sollte.

■ Schweden (M/SAP)

Allgemein ist bei den Parteien der Mitte eine Fokussierung auf innere Sicherheit, Bildung, Integration, Umwelt- und Klimaschutz sowie Gesundheitswesen und Energiepolitik zu beobachten. Speziell bei *Nya Moderaterna*: Wesentliche inhaltliche Komponente war die Abkehr vom libertären Wirtschafts- und Gesellschaftsansatz sowie die Trennung von einigen „heiligen Kühen“ der Moderaten, wie z. B. von der alten Forderung nach einem proportionalen Steuersystem. Daneben versuchte die Partei, sich gezielt dem traditionellen sozialdemokratischen Wählerklientel zu öffnen, indem sie sich als Arbeiterpartei präsentierte, als Partei, die Arbeit schafft und die weitgehend die Errungenschaften des schwedischen Wohlfahrtsmodells akzeptierte. Zudem gelang es der neuen Parteiführung, die in der Vergangenheit untereinander uneinigten Parteien des bürgerlichen Lagers – Volkspartei (*Folkpartiet liberalerna*, FP), Zentrumspartei (*Centerpartiet*, C) und Christdemokraten (*Kristdemokraterna*, KD) – für die Parlamentswahl 2006 im Bündnis *Allians för Sverige* (Allianz für Schweden, kurz: *Alliansen*) zu einen und damit eine kampagnefähige bürgerliche Alternative zur sozialdemokratischen Dominanz der letzten Jahrzehnte zu präsentieren.

■ Spanien (PP/PSOE)

PP: wirtschaftliche Erholung auf der Basis von weniger Staatsinterventionen, Wachstum, Europa als Chance, Pragmatismus. Zudem: (innere) Sicherheit, Anti-Terrorismus, auch nach innen, Fortsetzung der Verhandlungen mit der ETA zur Befriedung des Autonomiekonflikts. PSOE: antikapitalistische Rhetorik, Polemik gegen Neoliberalismus und Finanzkapitalismus.

■ Tschechien (ODS/ČSSD)

In den Parteiprogrammen beider Parteien kann man relativ einfach gegensätzliche Ideologien identifizieren, auch wenn die Unterschiede zwischen den einzelnen Programmen nicht immer so groß sind, wie vielleicht erwartet wird. Der Grund dafür liegt vor allem in dem Bemühen der beiden Parteien, ihre Programme für eine möglichst große Anzahl Menschen zu „öffnen“, bzw. möglichst viele Wähler anzusprechen. Das zeigt sich u. a. auch dadurch, dass neue Themen angenommen werden, die in der Vergangenheit zu „Prioritäten“ kleinerer Parteien gehört haben. Ein typisches Beispiel ist eine verstärkte Behandlung des Themas Umwelt, seit die Partei der Grünen bei den Wahlen 2006 die Fünf-Prozent-Hürde überspringen konnte. Die ODS und ČSSD können sich de facto nicht mehr erlauben, einige – früher marginale – Themen außer Acht zu lassen.

7. WÄHLERANSPRACHE UND -SUCHE

■ Frankreich (UMP/PS)

Im Allgemeinen läuft die Mobilisierung der Wähler über die Partei, die eine „Maschine zur Machteroberung“ darstellt. Es ist die Parteispitze, die die Wahlstrategie bestimmt und somit auch die Logik der Mobilisierung und Eroberung der Wählerschaft.

■ Großbritannien (CONS/LAB)

Die Konservativen unternahmen auch große Anstrengungen, die Partei für Frauen attraktiver zu gestalten. Daher ist die Anzahl von weiblichen Abgeordneten der Konservativen Partei im Jahr 2010 fast verdreifacht worden, darin eingeschlossen die erste offen lesbische Abgeordnete (Margot James für den Wahlkreis Stourbridge). 2010 sprachen die Konservativen unter dem Label „Holby City Woman“ ganz gezielt Frauen an, wodurch auf einen Charakter aus der beliebten BBC Fernsehserie angespielt wurde, die im öffentlichen Sektor beschäftigte, weibliche Wechselwähler zwischen 30 und 40 Jahren verkörperte. Cameron hat die Partei auch für umweltbezogene Themen geöffnet und distanzierte sich von denjenigen in seiner eigenen Partei, die den Klimawandel leugnen.

■ Niederlande (CDA/PvdA)

CDA versucht, vormalige Stammwähler zurückzugewinnen, aber auch neue Wählerschichten zu gewinnen. Mit geteiltem Erfolg: Erfolg zunächst bei Muslimen, aufgrund der Werteverbundenheit, Öffnung gegenüber Konfessionslosen bisher erfolglos.

■ Österreich (ÖVP/SPÖ)

ÖVP: Stärken im ländlichen Raum, starke kommunale Verankerung, darauf aufbauend: Steigerung der Attraktivität für urbane Wähler, Ansprache von „Neo-Österreichern“ als eine der großen Herausforderungen.

■ Polen (PO/PiS)

PO gelingt es, v. a. urbanes Bürgertum anzusprechen. Ihre Hochburgen hat sie in Groß- und Universitätsstädten, in der Hauptstadt und im westlichen Landesteil.

■ Schweden (M/SAP)

Mit der Wahl des 38jährigen Fredrik Reinfeldt zum Parteivorsitzenden im Oktober 2003 wurde nicht nur eine Verjüngung der Parteistrukturen, sondern ebenso der Umbau der Partei von einer wirtschaftsliberal-konservativen zu einer modernen, umfassenden Mitte-Rechts-Partei vollzogen: die *Nya Moderaterna* (die neuen Moderaten) waren geboren. Als Vorbild bei der Neuaufstellung der Partei diente Tony Blairs *New Labour*. *Nya Moderaterna* rückte mit der Auswahl ihrer Themen sowie in ihrer Zielgruppenansprache stärker in die Mitte der Gesellschaft – d. h. nach links.

Bei der SAP könnte die starke Betonung der multikulturellen Gesellschaft und die scharfe Rhetorik gegen „strukturelle Diskriminierung“ von Immigranten während der vergangenen zwanzig Jahre als Versuch gesehen werden, alte Stammwähler unter den linken Flüchtlingen der siebziger und achtziger Jahre zu halten und neue Wähler unter den Bürgerkriegs- und Armutsflüchtlingen der neunziger Jahre und der Jahrtausendwende zu gewinnen. Falls dem so gewesen sein sollte, dann hat diese Politik zu einer Entfremdung anderer Teile der Stammwählerschaft, besonders bei männlichen Arbeitern außerhalb der Großstädte geführt.

▪ **Spanien (PP/PSOE)**

PP: Aufbauend auf empirischer Forschung und unter Nutzung moderner Kommunikationsmittel (E-Mail, facebook etc.) auch Haustür- und Telefonkampagnen. Die wichtigsten Wahlkampffressourcen waren der Spitzenkandidat, lokale Kandidaten, das Parteiimage und erst dann Teile des Wahlprogramms. PSOE: Rekrutierungs- und Mobilisierungskampagnen v. a. an/in Universitäten. Die Partei versuchte, v. a. internetaffine Jugendliche anzusprechen.

▪ **Tschechien (ODS/ČSSD)**

ODS und ČSSD wählen eindeutig eine wählerorientierte statt einer mitgliedsorientierten Strategie. Der Weg, zusätzliche Parteimitglieder zu gewinnen, scheint aus Sicht der ČSSD und ODS kein vielversprechender Weg mehr zum Erfolg zu sein; Führungs-Persönlichkeiten sind ausschlaggebend auf das Wahlverhalten.

8. KOALITIONSOPTIONEN UND -PRÄFERENZEN

▪ **Frankreich (UMP/PS)**

- // -

▪ **Großbritannien (CONS/LAB)**

In Zukunft werden sowohl Koalitionen zwischen der *Labour Party* und den Liberaldemokraten als auch zwischen den Konservativen und den Liberaldemokraten vom politischen und ideologischen Standpunkt aus möglich sein. Dies würde allerdings ein weiteres „*hung parliament*“ voraussetzen, und diese Möglichkeit wäre in der britischen Politik an sich schon etwas völlig Neues. Ebenso kann sich die *Labour Party* normalerweise darauf verlassen, von den SDLP-Abgeordneten unterstützt zu werden. Ein weiterer theoretischer Koalitionspartner für die Konservativen könnte die *United Kingdom Independence Party* (UKIP) sein. Abgesehen von der Kompatibilität der politischen Standpunkte bleibt dies jedoch eine akademische Frage, allein aufgrund der Tatsache, dass die UKIP über keinerlei Repräsentanz im Unterhaus verfügt.

▪ **Niederlande (CDA/PvdA)**

Im Allgemeinen schwierig, da viele Parteien im Parlament vertreten sind; mindestens drei bis vier Parteien müssen i. d. R. koalieren. Derzeit koaliert der CDA mit der VVD unter Duldung der PVV, was innerparteilich sehr umstritten ist und kein Zukunftsmodell sein kann. Das Problem ist die derzeitige Schwäche der ehemaligen Großparteien.

▪ **Österreich (ÖVP/SPÖ)**

Parteispezifisch erscheint eine künftige Zusammenarbeit der ÖVP mit der FPÖ – gesetzt einer rechnerischen Mehrheit – plausibler als eine Kooperation zwischen SPÖ und FPÖ, da letztere bei unterschiedlichen Gelegenheiten eine Koalition bisher ausgeschlossen hat. Bei wesentlich geänderten Mehrheitsverhältnissen sowie anderen Entscheidungsträgern innerhalb der Parteien kann sich diese Haltung allerdings in Zukunft ändern.

▪ **Polen (PO/PiS)**

Zurzeit koalieren die PO (Mitte) und die PSL (Bauernpartei), beides Mitglieder der EVP. In der Opposition sind PiS (national-konservativ) und SLD (postkommunistisch).

▪ **Schweden (M/SAP)**

Nach den Reichstagswahlen vom September 2010 reichte es trotz deutlicher Zugewinne für die Moderate Sammlungspartei von Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt nicht zur Bildung einer bürgerlichen Mehrheitsregierung. Der Allianz für Schweden fehlten zwei Sitze. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte Schwedens kam es daraufhin zur Bildung einer Minderheitsregierung unter Führung Fredrik Reinfeldts, wobei alle demokratischen Parteien im Reichstag eine Zusammenarbeit mit den rechtspopulistischen „Schwedendemokraten“ ausschlossen.

▪ **Spanien (PP/PSOE)**

Traditionell reichten die Wahlergebnisse stets zur Bildung einer Einparteienregierung. Das ist und bleibt die Präferenz der Großparteien. Auf Provinzebene arbeitet PP mit Parteien des bürgerlichen Lagers und Mitte-Rechts-Parteien zusammen. Dies wäre u.U. auch eine Option für das ganze Land.

■ Tschechien (ODS/ČSSD)

Lange Zeit wurde die Zusammenarbeit mit der tschechischen Kommunistischen Partei, der einzigen Anti-System-Partei des Landes, als Tabu angesehen. 2006 gab es erste Versuche, eine durch die Kommunisten geduldete Regierung zu bilden. Die Sozialdemokraten äußern sich immer offener positiv zu der Variante, eine von den Kommunisten geduldete Minderheitsregierung bilden zu wollen.

9. ENTWICKLUNGSPOTENTIALIA

■ Frankreich (UMP/PS)

Mehr und mehr ist eine Präsidentialisierung der französischen Parteien feststellen. Sie strukturieren sich um die Präsidentschaftswahl und üben einen starken Einfluss auf die Ernennung der Exekutivgewalt aus. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl von 2012 besteht eine reelle Tendenz zum Populismus. Insbesondere um die Wähler des *Front National* anzuziehen oder diejenigen, die herkömmlicher Weise für die UMP stimmen, sich aber für den FN entscheiden könnten.

■ Großbritannien (CONS/LAB)

Vor allem seit dem Spesenskandal einiger Abgeordneter haben die politischen Parteien in Großbritannien (und besonders die großen Parteien) öffentliche Kritik auf sich gezogen. Auch viele namhafte Wissenschaftler haben auf ihre Erosion hingewiesen. Solche Ressentiments gegen die Parteien kamen auch 2011 in der Kampagne zum Referendum über eine Reform des Wahlsystems zum Tragen. Der Erfolg derjenigen, die sich für eine Wahlreform aussprachen, lag sicherlich zum Teil in ihrer Forderung begründet, die Parteien müssten „härter um die Stimmen der Menschen kämpfen“. Da es keine Wahlreform gegeben hat, scheinen die Chancen für kleinere Parteien, in Westminster einzuziehen, eher begrenzt. Maßgeblich ist dies auf das Wahlsystem zurückzuführen, das konzentrierte territoriale Unterstützung belohnt. Das Wahlsystem ist ein mächtiges Instrument zur Schaffung von Stabilität in der Repräsentation in Westminster. Es hat das Parteiensystem vor der Gefahr einer Zersplitterung bewahrt.

■ Niederlande (CDA/PvdA)

Entscheidend wird sein, ob/dass die (ehemaligen) Volksparteien Antworten auf populistische Parteien finden. Die Volksparteien müssen wieder eigene Akzente bei Integration und Wirtschaftspolitik setzen. Neben der Rückgewinnung ehemaliger Wähler muss Erschließung neuer Wählergruppen Priorität haben. Ein klares Profil und Visionen fehlen derzeit.

■ Österreich (ÖVP/SPÖ)

Umfragedaten zeigen bei allen Schwankungen, dass SPÖ und ÖVP mittlerweile in einem Spektrum von unter 30% liegen und dort vorerst verbleiben. Eine Umkehrung dieser Situation hin zu neuerlich klaren Zugewinnen wäre für beide Gruppierungen nur dann denkbar, wenn eine andere Partei zusammenbrechen würde. Das Beispiel der FPÖ-Regierungsbeteiligung samt interner Konflikte und Neuwahlen im Jahr 2002 hat das anhand der dortigen Zugewinne gezeigt. Auch Stimmenzuwächse für die damalige Oppositionspartei SPÖ wären so auch wieder möglich. Derzeit haben SPÖ und ÖVP aber das Problem, als gemeinsame Regierungspartner Hauptadressat von Protest und Kritik zu sein, welche von der Opposition artikuliert und zumindest teilweise in WählerInnenzuspruch umgesetzt wird.

In der Regierungsfunktion fehlt SPÖ und ÖVP ein großes Vorhaben, anhand dessen sie sich selbst legitimieren und neuerlich wachsende Unterstützung in der Öffentlichkeit holen könnten. Anstelle eines solchen Projekts sind sie – und auch andere politische Akteure – in Österreich mit wachsender Kritik und sinkendem Vertrauen konfrontiert. Laut einer Befragung vom Mai 2011 können jeweils nur rund 20 bis 25% der Bevölkerung in etwa erklären, wofür die einzelnen Parteien stehen; nur rund die Hälfte traut ihnen zu, wichtige Probleme der Gegenwart zu lösen. Dieser Mangel an Glaubwürdigkeit verhindert vorerst, dass sich ein positives Entwicklungspotential für SPÖ oder ÖVP bilden kann. Die „Traditionsparteien“ müssen immer mehr mit Schwankungen rechnen.

■ **Polen (PO/PiS)**

Es besteht noch die Möglichkeit auf Entwicklung, da die Popularität einzelner Parteien noch ausgebaut werden kann. Sowohl PZPR als auch PSL haben jedoch zurzeit Mitgliedverluste zu verzeichnen, stattdessen wachsen die post-*Solidarnosc*-Gruppierungen, vor allem die PO.

■ **Schweden (M/SAP)**

Die SAP und die Moderaten zählen auch 2011 in gleichem Maße als „staatstragende“ Parteien. *Nya Moderaterna* zählt nun als Mitte-Rechts Partei. Das zeigt deutlich, wie viel Verschiebung innerhalb des Parteiensystems möglich ist. Zwischen 1998 und 2006 traten neben politischen Skandalen auch mehrere Beispiele von Machtmissbrauch und Verfälschung zwischen SAP, LO und öffentlicher Verwaltung auf. Spätestens durch die Wiederwahl der bürgerlichen Allianz 2010 löste sich der Alleinvertretungsanspruch der SAP als Regierungspartei Schwedens auf. Was bleibt, ist eine große, traditionsreiche, in der Bevölkerung tief verankerte Partei, die unter richtiger Führung und mit einem an die aktuellen Bedürfnisse angepassten Programm durchaus wieder an die Regierung kommen könnte. Allerdings wird sie auf absehbare Zeit nicht mehr die alles beherrschende Staatspartei, die „Bewegung“ (*rörelsen*) werden, die sie einmal war. Die Traditionsparteien sollten sich an den neuen Parteien orientieren und weiter versuchen, nicht nur auf Persönlichkeiten zu setzen, sondern auch das Parteienprogramm den aktuellen Vorgängen anpassen.

■ **Spanien (PP/PSOE)**

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage (Krise) Spaniens gilt als passender Moment, endlich die Reformen anzugehen, die das Land so dringend benötigt. Expansive Finanz- und Sozialpolitik gelten als gescheitert. Stattdessen ist es an der Zeit für Konsolidierung und steuerliche Wachstumsimpulse, um die Nachfrage anzuregen. Auch wenn vieles davon unpopulär ist, fällt dies nun in den Verantwortungsbereich des PP. Die PSOE steht vor der Frage, ob sie zu einem moderaten, entideologisierten Kurs zurückkehrt, den sie unter dem (späten) Felipe Gonzáles verfolgt hat, oder ob sie eine Linkspartei wird und versucht, sich in diesem Segment zu verankern.

AUTOREN

Mathilde Durand (Frankreich)

Simon Green und Ed Turner (Großbritannien)

Olaf Wientzek (Niederlande)

Maria Beyrl, Peter Filzmaier und Flooh Perlot (Österreich)

Andrzej Rudowski und Sławomir Sowiński (Polen)

Andreas M. Klein und Carl Johan Blydal (Schweden)

Lourdes López Nieto und Jorge del Palacio Martín (Spanien)

Hubert Gehring, Alena Falathová und Otto Eibl (Tschechische Republik)

BEARBEITUNG

Tabea Bölte (ext.), Karsten Grabow

AUTOREN UND MITWIRKENDE

TEIL I

Dr. Michael Borchard ist Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der KAS und Leiter der Arbeitsgruppe „Zukunft der Volksparteien“.

Dr. habil. Karsten Grabow ist Koordinator für Politikanalysen und Parteienforschung im Team Innenpolitik der KAS.

Christoph von Hehl ist Referent in der Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur der KAS.

TEIL II

Dr. Maria Beyrl ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Plattform Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems.

Carl Johan Blydal ist freiberuflicher Politikwissenschaftler und lebt in Berlin.

Tabea Bölte ist Studentin an der Faculty of Arts and Social Sciences der Universität Maastricht; im Herbst 2011 absolvierte sie ein Praktikum im Team Innenpolitik der KAS.

Mathilde Durand war bis Juli 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin im KAS-Auslandsbüro in Frankreich.

Otto Eibl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Masaryk Universität in Brno.

Alena Falathová ist Projektmanagerin im KAS-Auslandsbüro Prag.

Prof. Dr. Peter Filzmaier leitet das Department für Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems und ist dort Inhaber des Lehrstuhls für Demokratiestudien und Politikforschung; zudem ist er Professor für Politische Kommunikation an der Karl-Franzens-Universität Graz und geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien.

Dr. Hubert Gehring ist Landesbeauftragter der KAS für die Tschechische Republik und die Slowakei.

Prof. Dr. Simon Green ist Professor für Politikwissenschaft und Co-Direktor des Aston Centre for Europe an der Aston University in Birmingham, Großbritannien.

Andreas M. Klein ist Leiter des KAS-Regionalprogramms Baltische Länder / Ostseekooperation und Leiter des KAS-Auslandsbüros in Lettland.

Dr. Jorge del Palacio Martín ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Fundación para el Análisis y los Estudios Sociales (FAES), Madrid.

Prof. Dr. Lourdes López Nieto ist Politikwissenschaftlerin an der Universidad Nacional de Educación a Distancia (UNED), Madrid.

Dr. Flooh Perlot ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Plattform Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems.

Dr. Andrzej Rudowski und Dr. Sławomir Sowiński sind Politikwissenschaftler an der Stefan-Kardinal-Wyszyński-Universität Warschau.

Dr. Ed Turner ist Dozent für Politikwissenschaft an der Aston University in Birmingham, Großbritannien.

Olaf Wientzek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europabüro der KAS in Brüssel.